

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 156.

Freitag, den 7. Juli 1911.

18. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Der Streit um die Beute.

Im „Simplicissimus“ sah man jüngst, wie ein französischer Soldat einem schlafenden Marokkaner die Bude ausräumt, einem Spanier aber, der zum Fenster einsteigen will, entlockt er zurecht: „Machen Sie, daß Sie 'naus kommen, hier stehe ich!“ Der spanisch-französische Marokkostreit war damit in glücklicher Weise auf die denkbar einfachste Formel gebracht. Inzwischen ist aber, für den Zeichner zu spät, der Deutsche als Dritter in der Tür aufgetaucht, der nun seinerseits wieder dem Franzosen zurecht: „Was geben Sie mir, wenn ich Sie weiter stehen lasse?“

Das ist der Sinn der deutschen Aktion von Agadir. Die Tatsachen reden eine so klare Sprache, daß kein lägenhafter Diplomaten Schwanz dagegen aufkommt. Auch die verantwortlichen Stellen sollten sich endlich dazu bequemen, offen der Wahrheit die Ehre zu geben. Frankreich steht, Deutschland erpreßt. Es ist immer noch hundertmal ehrlicher, das wenigstens, indem man es tut, auch offen zugeben, statt von Loyalität, Humanität, Friedensliebe, Schutz der Franzosen, Schutz der Deutschen, Heiligkeit der Verträge und ähnlichem Unsinn zu reden, an den ein zünftiger Diplomat ja doch nicht glaubt.

Frankreich ist dabei, entgegen der Algecirasakte, Marokko oder doch den größten Teil dieses Landes seinem Kolonialbesitz einzuverleiben. Deutschland gibt durch die Geste von Agadir zu verstehen, daß es, entgegen dem Abkommen von 1909, die politische Aktionsfreiheit Frankreichs nicht anerkennt, sondern fortfahren wird, Frankreich Schwierigkeiten zu machen, wenn es nicht mit einem mehr oder weniger fetten Bissen abgefunden wird. Die ganze diplomatische Affäre spielt sich also auf die Frage zu: Was will die deutsche Regierung den Franzosen bieten, und was will sie dafür von ihnen verlangen?

Nach Abschluß des Abkommens von 1909 glaubten die Franzosen vor weiteren deutschen Störungen sicher zu sein. Sie haben sich darin getäuscht. Jetzt veröffentlicht die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ an der Spitze ihrer Ausland-Rundschau ein Telegramm aus Paris, das besagt:

„Einer Blättermeldung zufolge wird die Antwort Frankreichs auf die Mitteilung der deutschen Regierung erst Ende dieser Woche nach der Rückkehr Fallières erfolgen. Die etwaigen Verhandlungen, welche durch diese Antwort veranlaßt werden können, würden nicht den Algecirasvertrag, sondern das deutsch-französische Abkommen von 1909 zur Grundlage haben.“

Es ist einstweilen ein Rätsel, was Deutschland der französischen Republik durch eine Abänderung des Abkommens von 1909 bieten kann. Verträge haben schließlich doch nur einen Sinn, wenn sie gehalten werden, eine gewisse, nicht unbedingt sichere Gewähr für ihre Einhaltung liegt in ihrer möglichst unzweideutigen Fassung. Eine solche Fassung hat weder die Algecirasakte, noch das Abkommen von 1909, das letztere insbesondere deshalb nicht, weil man auf beiden Seiten nicht den Mut hatte, von einem französischen Protektorat in Marokko zu reden. Ein solches Protektorat kann aber Deutschland der Republik auch heute nicht einräumen, aus dem einfachen Grunde, weil sie es selber nicht verlangt, sondern vielmehr sich ängstlich scheut, das Kind beim rechten Namen zu nennen. Wenn aber die deutsche Regierung den Franzosen keine Sicherheiten zu bieten vermag, was kann sie dann als Preis für ein weiteres Entgegenkommen verlangen, dessen Wert doch immer höchst zweifelhaft bleibt?

Allem Anschein nach läuft das Manöver der deutschen Diplomatie auf den Versuch einer neuen Kolonialerwerbung hinaus. Herr v. Bethmann-Hollweg und Herr v. Kiderlen-Wächter dürften sich ja vor den alldeutschen Schreibern nicht mehr setzen lassen, wenn sie nicht irgend einen fetten Land aus dem schmierigen Handel mit nach Hause brächten. Seine großen Kinder mit Papierhelm und Holzäbel sind allenfalls bereit, Hurra zu schreien und die Kunst der Regierung zu preisen, wenn irgend ein Stück Wüste mit einem schwarz-weiß-rot gestrichenen Zaun umgeben wird, aber eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen, die, in wirtschaftlichen Werten ausgedrückt, für Deutschland einen friedlichen Milliarden Gewinn bedeuten müßte, würden diese edlen Patriotenherzen nicht ertragen, sie würden brechen vor Trauer und Scham! Da nun die deutsche Regierungspolitik augenblicklich ganz von dem unklaren Gefühlswort der alldeutschen Hanswürste beherrscht wird, wird es ohne den Versuch eines Landerwerbs nicht abgehen. Es erhebt sich die Frage: „Was für was?“

Daß es gelingen könnte, Agadir und sein, angeblich sehr reiches, südmarokkanisches Hinterland zu erwerben,

ist so gut wie ausgeschlossen. Eine Koalition der Mächte, Amerika, England, Frankreich, würde sich einem solchen Plan auf das energischste widersetzen. Sollte die deutsche Regierung um einen Brocken Marokko einen Weltkrieg riskieren? Das Verbredchen wäre zu ungeheuerlich, als daß man an seine Möglichkeit glauben könnte! Wenn aber Deutschland in Marokko nicht bleibt, welchen Punkt der Welt verlangt es, um einen Nagel für seine Rüstung einzuschlagen?

In diesen Unklarheiten über die wirklichen Absichten der deutschen Diplomatie liegt die allergrößte Gefahr für die Zukunft. Die Regierung hat die Pflicht, den anderen Mächten und dem eigenen Volk, das wieder einmal in unwürdiger Weise wie ein unmündiges Kind behandelt wird, zu sagen, was sie eigentlich will. Sonst könnten durch ihre Schuld die Dinge zu einem Ziel treiben, das sie wahrscheinlich selber nicht will, zu einer europäischen Katastrophe!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Undeutscher Wahnsinn.

Die Marokkotreiberei scheint dem führenden Blatt der an Verwickelungen interessierten Clique, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, den Verstand vollends geraubt zu haben. Das Blatt macht der Regierung Vorschläge, daß sie sich mit Frankreich erst in Verhandlungen einlassen wolle, statt kräftig zuzugreifen und einfach einen Teil von Marokko zu annektieren. In dieser Zaghaftheit erblickt die genannte Zeitung wieder den Ausdruck der „Mischelei“. Wieder wird auf den angeblich unendlichen Segen hingewiesen, der aus Marokko dem Deutschen Reich blühen könne. Nirgends mehr in der Welt dürfe ein Gebiet aufgeteilt werden, von dem nicht auch Deutschland seinen Anteil erhalte. Sonst würde die Erhebung von 1870 für das deutsche Volk nur eine vorübergehende Erscheinung gewesen sein. Und nun phantasiert das Blatt weiter:

„Warum diese Angstlichkeit und diese Furcht, daß irgendwann eine Kanone losgehen könnte? Im neuen Jahrhundert hat sich England die Burenstaaten untertan gemacht, haben Rußland und England Persien untereinander aufgeteilt, haben England und Frankreich Siam halb verschluckt, das halbinvalide Österreich-Ungarn hat sich Bosnien und die Herzegovina angeeignet und Rußland holt zu einem großen Schlage in Ostasien aus. Und nun wir, das der Zahl und Mächtigkeit nach stärkste Volk in Europa, das einer Bodenausdehnung am allerdringendsten bedarf, wir sollten nicht den freien Mut haben dürfen, festen Willen zu bekunden und dort zuzugreifen, wo sich uns eine günstige Gelegenheit bietet? Wir sollten ängstlich zaudern und mit banger Angst umherblicken müssen, wenn wir, bei der Aufteilung der Herrlichkeiten dieser Erde zu kurz gekommen, endlich unser Recht, unser vollgerüttelt Maß verlangen? Eine solche Gesinnung, die einst die dunklen Ehrenmänner der bayerischen Patriotenpartei zierte, ist für heute nationaler Selbstmord. Es ist noch lange kein Krieg zu befürchten, wenn wir der Welt offen sagen, was wir wollen und was wir verlangen. Die „Berliner“ ist in Agadir. Es kann nur mehr ein Vorwärts geben, denn ein Rückwärts heute wäre für unser Volk und unser Ansehen in der Welt verhängnisvoller und verheerender als ein verlorenener Krieg.“

Die Groß-Industrie Rheinland-Westfalens, deren eigenste Interessen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zu vertreten hat, will anscheinend alles auf eine Karte setzen und es müssen schon enorme Gewinne sein, die in Aussicht stehen, wenn man kalten Blutes Deutschland in die Gefahr eines Krieges hineintreiben will.

Noch eine Kritik am preussischen Klassenparlament.

Der zahmste der zahmen Fortschrittler, der Abgeordnete Dr. Pachnig, leitartikel im „Tag“ (No. 156 vom 6. Juli) über eine Parlamentarierform in Preußen. Am interessantesten ist die Kritik an den gegenwärtigen Zuständen, sie charakterisiert die Pflichtvergessenheit der Dreiklassenmänner ganz prächtig:

„Wenn ein Rückschluß von dem Erzeugnis auf die erzeugenden Kräfte gezogen werden soll, so lautet er für das geltende Wahlrecht ungünstig. Das Dreiklassenparlament stand nicht auf der Höhe seiner Aufgabe. Es hatte

nicht Drang und Fähigkeit genug, um die ihm erwachsenen Pflichten zu erfüllen. Eine Gleichgültigkeit war über das Haus gekommen, die sich am deutlichsten dadurch kundgab, daß in der 97. Sitzung 173, in der 98. Sitzung 207 Mitglieder ohne Entschuldigung fehlten. Die Gleichgültigkeit der Gewählten hängt mit der Gleichgültigkeit der Wähler zusammen. Das jetzige Wahlrecht führt im Durchschnitt höchstens einige 30 von hundert Wählern an die Urne, in manchen Fällen nur 20, 10, ja auch nur 3 und 2 vom Hundert. Bei größerer Wahlbeteiligung ständen die Mitglieder des Abgeordnetenhauses unter weit schärferer Kontrolle und würden einen solchen Grad von Lässigkeit nicht wagen. Die Mehrheit betrachtet das Mandat nicht als ein Amt mit zwingenden Pflichten, sondern als eine Nebenbeschäftigung, der man sich je nach Gelegenheit und Gefallen widmen oder entziehen kann. Das geht so weit, daß man manche der Kollegen im Laufe einer Legislaturperiode kaum kennen lernt. Oft sind mehrfache dringende Rundschreiben oder Telegramme nötig, um die Säumigen herbeizuschaffen. Finanzielle Folgen knüpfen sich an das Ausbleiben nicht; sobald sich der Abgeordnete zu Beginn der Session im Bureau gemeldet hat, empfängt er seine Diäten, auch ohne den Sitzungen beigewohnt zu haben. Die Neigung zum Fernbleiben wird noch dadurch verstärkt, daß im Abgeordnetenhaus die Beschlußfähigkeit nicht von einem einzelnen angezweifelt werden, vielmehr immer nur bei namentlicher Abstimmung, bei Auszählung oder bei Namensaufruf hervortreten kann.“

In der Einschätzung des Klassen-Landtages deckt sich, wie man sieht, das Urteil des fortschrittlichen Herrn Pachnig mit dem seines konservativen Kollegen Zedlitz-Neukirch. Das ist die Hauptsache! Unwesentlicher bei der Bedeutung Pachnicks ist, daß seine Reformvorschlüsse auch so ziemlich konform mit den Vorschlägen des konservativen Abgeordneten gehen. Herr Pachnig erklärt zwar schüchtern:

„Das Wahlrecht muß geändert werden. Und es kann geändert werden: denn wenigstens für die direkte und geheime Wahl stellt, wie auch Herr v. Zedlitz im „Tag“ zugab, das Abgeordnetenhaus sicher eine Mehrheit. Diese Tatsache hat Herr v. Heydebrand mit seiner Taktik gegenüber dem fortschrittlichen Wahlantrag nicht verbunkelt, sondern wider Willen in das schärfste Licht gerückt.“

Über Herr Pachnig glaubt, daß dem Abgeordnetenhaus auch aufgeholfen werden könne durch Reform der Geschäftsführung, der Diätenordnung, der Arbeitsgemohnheit des Landtags usw. Der fortschrittliche Pachnig sucht sogar den konservativen „Reformer“ noch dadurch zu übertrumpfen, daß er Selbstzucht der Abgeordneten in der Ausnützung der Redefreiheit verlangt.

Die Regierung gegen den Hansabund.

Nicht allein die Vertreter der Schwerindustrie und des rückfälligen Scharfmacherturns marschieren mit fliegenden Fahnen aus dem Lager des Hansabundes, auch die Handwerker müssen ihr Bündlein schnüren und den Hansseuten, die bis jetzt doch nur tapfere Worte gegen die agrarische Reaktion hatten, Valet sagen. So will es nämlich die Regierung, für die der Wille der Agrarier und Scharfmacher natürlich das höchste Gesetz ist. Durch einen Erlass des preussischen Handelsministers Sydow wird sämtlichen, dem Hansabund angehörenden Innungen unter Berufung auf einige Paragraphen der Gewerbeordnung das Recht abgesprochen, Mitglieder dieser Organisation zu sein.

Wahlrecht vor Weltpolitik!

Während die bürgerliche Welt wie hypnotisiert nach Agadir schaut, während die bürgerliche Presse aller Farben das Menschenmögliche tut, um das Interesse ihrer Leser auf das weltpolitische Abenteuer zu konzentrieren, in das die deutsche Regierung an der Küste Südmarokkos hineingestiegen ist, hat das Proletariat auf diesen Versuch der Ablenkung von der wichtigsten inneren Frage eine wuchtige Antwort gegeben. Überfüllte Versammlungen, imposante Demonstrationen in allen Teilen Preußens haben den Herrschenden gezeigt, daß sich die Arbeiterklasse das Marschziel nicht verrücken läßt, haben die plumpe Lüge zerschlagen, daß „das ganze deutsche Volk“ bei dem Streich von Agadir geschlossen hinter der Regierung stehe. Der gewaltige Zustrom der Massen zu den Kundgebungen in Berlin und anderen preussischen Städten ist Zeugnis dafür, daß die Proletarier sich vom nationalistischen Launel nicht erfassen lassen, daß der Versuch, die preussische Wahlrechtsfrage durch die Weltpolitik in den Hintergrund zu drängen, an der klassenbewußten Arbeiterschaft scheitern wird. Es wird und soll den Herrschenden nicht gelingen, die Vergeltung für die Wahlrechtsverweigerung, die sie erneut den Entrechteten ins Gesicht geworfen haben, von sich abzuwenden. Die preussische Wahlrechtsfrage bleibt auf der Tagesordnung und sie wird den Reichstagswahlen ihren Stempel aufdrücken. — Es wird ja an Versuchen nicht fehlen, das Ergebnis wiederum durch Entfesselung eines „nationalen“ Kummels zu fälschen, und Marokko

wäre den Reaktionen gerade gut genug dazu. Aber die Wahlen für die Wiederholung der Hottentottenwahlen stehen doch nicht günstig, denn etwas wird selbst der politische Kanngießer aus den bitteren Folgen der „großen Sache“ von 1907 gelernt haben. Jedenfalls kann die Sozialdemokratie den Versuch zu einer neuen Auflage des Billomischen Schwindels durch nichts mehr erschweren, als indem sie die Empörung über die Dreiklassenmacht lebendig erhält. Und die dichten Massen, die sich auf ihren Ruf in Berlin und anderen Städten Preußens zusammengefunden haben, beweisen, daß die Arbeiterklasse ihre Aufgabe in dieser Zeit wohl begriffen hat!

Landfrankenkassen.

Wie eine offiziöse Darstellung meldet, werden die Landfrankenkassen, dieses Unikum auf dem Gebiete der Krankenversicherung, Mitte nächsten Jahres durchgeführt werden. Der Bundesrat wird ein Normalstatut aufstellen, das vermutlich überall unverändert angenommen wird, denn die Versicherten haben keine Möglichkeit, auf die Gestaltung des Statuts Einfluß zu gewinnen. Die heute in einigen Großstädten bestehenden privaten Vereinigungen zur Krankenversicherung von Dienstboten werden nicht weiter bestehen dürfen. Damit verliert eine Berliner Freisinnigröße, die einen solchen Verein leitet, eine fette Sinekure, die schon mehrmals zu lebhaften Auseinandersetzungen unter den Beteiligten geführt hat.

Der Hansabund der Scharfmacher.

Der Vorstand der niederhessisch-weisfälischen Bezirksgruppe des Hansabundes hat, um dem Bunde der Scharfmacher sofort neue Mitglieder zuzuführen, einen originellen Weg eingeschlagen. Er beschloß nämlich, die Ortsgruppe des Hansabundes in eine Ortsgruppe des neuen Verbandes der Kirdorf, Röttiger usw. umzuwandeln. Damit werden die Mitglieder, die dem Hansabunde treu bleiben wollen, genötigt, aus der „umgewandelten“ Ortsgruppe auszutreten und die Scharfmacher scheinbar damit zu rechnen, daß die von den Industriekönigen in irgend einer Form abhängigen Mitglieder nicht den Mut haben werden, diesen Austritt zu vollziehen.

Alldemische Vorlesungen.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ für Vertretung der Interessen der Gebr. Mannesmann, scheint die Annexion eines Teiles von Marokko durch Deutschland bereits als vollzogene Tatsache anzusehen. Dieses Blatt, das sich in der maßlosesten Hege gegen die Arbeiterschaft nie genug tun konnte, findet es an der Zeit, an die deutsche Arbeiterschaft zu appellieren, sich für die Annexionspolitik zu erklären. Das Blatt rechnet den Arbeitern vor:

Für 2500 Millionen Mark Nahrungsmittel sind wir genötigt, aus dem Ausland einzuführen, weil der heimische Boden nicht mehr ausreicht, die jährlich hinzukommende Million neuer Mäuler zu stopfen. Und zur Bezahlung dieser Schuld unseres Volkes ans Ausland durch unsere Exportindustrie bedarf diese wieder aus dem Ausland alljährlich für 600 Millionen Mark Baumwolle, für zirka 200 Millionen Mark Eisen, für 200 Millionen Mark Kupfer usw. Gerade diese Industrierohstoffe aber könnten wir zum größten Teile aus Marokko beschaffen und ein deutsches Marokko in seiner Fruchtbarkeit gestattete uns zum erheblichen Teile die Versorgung mit Lebensmitteln — unabhängig von den Schikanen, von den Zollerschwerungen des Auslandes. Die ganze Eisen- und Maschinenindustrie, die 1½ Millionen Arbeiter beschäftigt, die Kupfer verarbeitende elektrische Industrie mit ihren 150 000 Arbeitern, die Baumwollindustrie mit fast 500 000 Arbeitern haben alle das lebhafteste Interesse an einem deutschen Marokko und gerade der deutsche Arbeiter müßte in keinem ureigensten Interesse für eine uns günstige Lösung der marokkanischen Frage für die Sicherung einer großen deutschen Einflußsphäre in Marokko eintreten.

Alte Schwindel in neuer Auflage! Mit denselben Worten hat man anlässlich der Hottentottenwahl den deutschen Arbeitern die Segnungen unserer Kolonien angepriesen, ohne daß dieser Segen sich bis jetzt irgendwie gezeigt hätte. Mag sein, daß Marokko in seinen einzelnen Teilen fruchtbarer ist, als unsere Kolonien, aber dem deutschen Volke kann das um deswillen nichts nützen, weil die Kolonien von Deutschland als Zoll-Ausland behandelt werden und die von dort kommenden Lebensmittel bei der Einfuhr nach Deutschland zollpflichtig sind. Was aber den deutschen Steuerzahlern die Befegung eines Teiles Marokkos kosten würde, davon sagt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, dieses brutale Organ eines rückwärtschreitenden Ausbeutertums, kein Wort.

Die Kritik im Hansabund.

Die Angestellten des Zentralverbandes der Industriellen, Lilla-Saarbrücken, Hirsch-Essen, Steinmann-Bucher und Lübberts-Altona, waren am Mittwoch in Hannover zusammengetreten, um einen Kriegsplan gegen den Hansabund zu entwerfen. Den Zeitungen, die Auskunft haben wollten, wurde diese rundweg abgelehnt. Herr Dr. Alexander Lilla hat übrigens mit einem langen Schreiben seinen Austritt aus dem Hansabund erklärt. Auf den Inhalt des Schreibens einzugehen, lohnt sich nicht, höchstens kann man erlaunt sein darüber, wie ein Mann vom Schlage des Dr. Lilla überhaupt erst in den Hansabund hineingeraten konnte. Vor etwa zwei Jahren trat er bekanntlich für die Schaffung einer selbständigen Industriepartei ein, mußte diesen Gedanken aber wieder beiseite legen, weil selbst Dr. Lilla einsehen mußte, daß eine solche Partei zwar Geld im Überflusse, aber keine Wähler hätte. Und ohne Wähler kann eine Partei eben beim besten Willen nicht zur Geltung kommen. Den Lilla dürfte der Hansabund am liebsten verschmerzen.

Nationalliberale Ängste.

Im „Tag“ (Nr. 155 vom 5. Juli) beschäftigt sich der nationalliberale Publizist und ehemalige Abgeordnete Dr. Böttger mit der konservativen Stichwahlparole. Angsthauern durchziehen die nationalliberale Seele angefüßt von der Gefahr, daß Konservative auch nur mittelbar zum Siege eines Sozialdemokraten über einen Liberalen beitragen könnten, eines der Sozialdemokraten, „die nicht nur die Schatzkammer, sondern unser ganzes Kultur- und Wirtschaftslieben betreiben.“ Wird hüben und drüben konsequent verfahren, so senkt Herr Böttger, „und folgen

auch wirklich die Wählermassen den neuen Stichwahlparolen, können den Liberalen 24, den Konservativen gegen 40, dem Zentrum etwa 15 bis 18 Mandate abgenommen werden, alles in der Hauptsache mit der Wirkung, daß die Sozialdemokratie nach der großen Abschichtung der lachende Erbe sein würde. . . . Aber man glaube doch nicht, daß der Freisinn hierbei ungeschoren fortkommt. Die doch immer noch sehr beträchtliche Zahl der Wähler, die unter keinen Umständen sozialdemokratisch stimmen, werden sich auch die Freisinnigen darauf ansehen, ob sie geneigt sind, bei Stichwahlen unter die unsicheren Kontonisten zu gehen und auch die Fortschrittliche Volkspartei wird mit der Zeit gezwungen werden, bei dieser Frage der Stichwahlparole einwandfrei Farbe zu bekennen. Insofern ist der Streit um die Stichwahlparole nicht unnütz, sondern von Vorteil für die deutsche Politik.“

Die Lüge von der Notwendigkeit der Liebesgaben für die Kleinbrenner

wird durch die Auslassungen eines kleinen Brenners in Bonndorf (in Baden) auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Das Bonndorfer Zentrumsblatt hatte das Eintreten der Zentrumsfraktion für die Liebesgaben bei der Reichsfinanzreform als eine nationale Tat gefeiert. Dagegen protestiert nun ein Fachkundiger durch folgendes Eingeladent:

„Wir kleinen Brenner bezahlen heute das Doppelte von früher und können gewöhnlichen Brennwein aus Obstresten und Früchten für den Hausgebrauch gar nicht mehr brennen, weil es sich nicht mehr lohnt, weil man nicht mehr die Steuer und das Holz herausbringt. Höchstens, daß noch Qualitätsknäpfe aus Zwetschen und Kirschen gebrannt werden können. Wer diese nach dem Brennen aber gleich verkaufen muß, und das ist bei kleinen Brennern meist der Fall, bekommt Preise dafür, daß er kaum noch bestehen kann. Von heutiger Kontrolle will ich gar nicht reden, die kennt jeder Brenner. Das Volksblatt frage doch, ehe es schreibt, einmal einen Kleinbrenner, und der wird ihm dann sagen, was der schwarzblaue Block gemacht hat; die kleinen Brenner hat er vernichtet. So lange sie noch ihr altes Brenngeschirr haben, „mozen“ sie aus Gewohnheit so weiter; aber ein neues Brenngeschirr nach schwarzblauem Rezept anzuschaffen, dazu fehlen ihnen die Moneten.“

Das ist deutlich! Wer in Wirklichkeit die Vorteile der Liebesgaben-Gesetzgebung selbst in Baden mit seinen vielen Kleinbrennern einheimst, das zeigt der Umstand, daß die große Brennerei und Brauerei Sinner in Grünwinkel bei Karlsruhe, die ihren Aktionären selten unter 20 Proz. Dividende in die Taschen schüttet, von den für Baden eine Million betragenden Liebesgaben allein 460 000 Mk. jährlich erhält! Die wirklich Bedürftigen aber, die Kleinbrenner, gehen leer aus.

Der Wahlkampf in Düsseldorf.

Nachdem der Wahltermin nunmehr auf den 19. September festgesetzt worden ist, beginnt der Wahlkampf lebhaft einzusetzen. Das Zentrum präsentiert als Kandidaten den Landrat Adams und nun wollen auch die „Hyänen des politischen Schlachtfeldes“, die Antisemiten Raab-Liebersmischer Schlachtung, mit einem eigenen Kandidaten auf dem Plan erscheinen. Sie stellen den Pfarrer Lehmann aus Solingen auf. Nur die Liberalen lassen sich nichts von sich hören, sie scheinen sich noch nicht klar zu sein darüber, ob sie dem Vorschlag des Abg. Erzberger zustimmen sollen, für den Kandidaten des Zentrums als Sammel-Kandidaten einzutreten.

Brankapital und Hygiene-Ausstellung.

In einer Versammlung der Konferenz für Hygiene und Frauenstimmrecht in Dresden hielt u. a. Landrichter Dr. Popert-Hamburg einen Vortrag über Alkoholbekämpfung, wobei er u. a. ausführte, daß die bürgerliche Presse mehr oder weniger unter dem Einfluß des Alkoholkapitalismus stehe, nur die sozialdemokratische Presse mache eine rühmliche Ausnahme. Viel sei dadurch gewonnen, daß die Sozialdemokratie dem Alkoholismus den Krieg erklärt habe. Der Referent wandte sich auch gegen den Dresdner Oberbürgermeister, der auf der Brauerversammlung in Dresden erklärt habe, die Behörden nehmen der Alkoholfrage gegenüber eine neutrale Stellung ein.

In der Diskussion griff Genosse Dr. Sachs scharf die Leitung der Hygiene-Ausstellung an, die es geduldet habe, daß die Brauer-Union Tabellen mit unrichtigen Darstellungen über die Gesundheit des Biertrinkers ausstelle. Diese Statistik sei ein Volksbetrug, da die Zahlen, die wirklich Aufschluß geben könnten, nicht aufgeführt seien. Es sei ein Skandal, daß die Ausstellungsteilnehmer die Durchführung einer solchen Statistik, die das Publikum hinteres Licht führe, gestatte. In anderen Fällen habe sie gezeugt, daß sie nicht alle Sachen ungeprüft zulasse. Sie habe die Heimarbeitersausstellung vereitelt, obgleich die Gewerkschaften bereit waren, sämtliche Ausstellungsgegenstände von einer unparteiischen Jury prüfen zu lassen. Dr. Neuhert teilte mit, daß das Material jetzt von einem namhaften Statistiker nachgeprüft worden sei. Der habe ebenfalls erklärt, daß die Statistik die Wahrheit auf den Kopf stelle. Die Ausstellungsleitung habe daraufhin die Entfernung verlangt.

Auch der Referent bezeichnete das Verhalten als einen großen Skandal. Er billigte vollkommen, was Dr. Sachs über die Heimarbeitersausstellung gesagt habe.

Eine sehr scharf gehaltene Resolution gegen die Ausstellungsteilnahme gelangte um deswillen nicht zur Abstimmung, weil man Gasrecht genoh.

Der „brillante Sekundant“ kommt zu Hilfe!

Der alle Welt, am meisten aber das deutsche Volk überraschende Streich der Berliner „Staatsmänner“, durch die Sendung eines Kriegsschiffes nach Agadir in die Marokko-Affäre einzugreifen, hat an einer Stelle volles Verständnis und Billigung gefunden, beim österreichisch-ungarischen Auswärtigen Amt. Mit Entschiedenheit spricht sich Lehrenthal für Deutschlands Vorgehen aus, das er „sympathisch“ nennt. Man gewinnt den Eindruck, daß diese Veröffentlichung zwischen Berlin und Wien vereinbart ist, denn sie liest sich wie ein erwarteter Kommentar zu dem Text der bisher publizierten deutschen Note. Die

Absicht der Entsendung des Kriegsschiffes ist hier mit voller Deutlichkeit angegeben. Deutschland hat die Tat gesetzt, um so die französische Regierung zu neuerlichen Verhandlungen über Marokko zu nötigen. Hierbei wird mit bemerkenswerter Schärfe die unantastbare Gültigkeit des Algieras-Vertrages hervorgehoben. Dabei fließt ein nur wenig verschleierte Tadel an die französische und spanische Adresse mit ein; indem die Note ausspricht, Österreich-Ungarn habe den Zusicherungen Frankreichs wegen Wahrung der Algierasakte Vertrauen geschenkt, will sie damit ausdrücken, daß Frankreich und Spanien, die sich schon lange außerhalb des Rahmens dieser Akte bewegen, an ihren Bestimmungen eine unübersteigbare Schranke haben. In die Tat umgesetzt, würde das bedeuten: Frankreich macht ungeschwehen, was es in Marokko seit Monaten ins Werk gesetzt hat, schwört die Delcassésche Politik ab und zieht seine Truppen wieder aus dem Lande heraus.

So einfach wird denn doch die Sache keineswegs gehen und deshalb weist die Note auf eine Erneuerung der Verhandlungen als den Weg hin, Ordnung in die verworrenen Dinge zu bringen. Hierbei aber werden Österreich-Ungarn und Deutschland über das in Algieras zugestandene Frankreich nicht hinausgehen lassen. Die Sprache klingt bei aller diplomatischen Höflichkeit recht kategorisch. Das geschieht natürlich mit Absicht so. Paris verhandelt mit Petersburg und England, um eine Antwort an Deutschland zu vereinbaren; diese Antwort soll alle deutschen Empfindlichkeiten schonen, aber die französische Auffassung trotzdem scharf vertreten.

Jedenfalls spielt das österreichisch-ungarische Auswärtige Amt einem etwaigen gemeinsamen Vorgehen Russlands und Englands mit Frankreich das Präventiv, um Deutschland in solchem Falle vor dem Schein der Isolierung zu behüten. Damit wird der Berliner Diplomatie ein großer Dienst erwiesen.

In einer Beziehung ist der Schritt Österreich-Ungarns zu begrüßen: die Notwendigkeit, weitere Schritte mit dem Bundesgenossen zu beraten, wird sehr mächtig und auf den Berliner Latendurst einwirken. Und das ist wirklich ein „brillanter Sekundantendienst“!

Osterreich-Ungarn.

Der 82. Sozialdemokrat gewählt. Die österreichischen Wahlen sind nun zu Ende. Der vierte Wahlgang, der für die galizischen Wahlen noch vorgesehen ist, ist nur eine seltene Ausnahme und kommt praktisch fast gar nicht vor. Die letzten Wahlen haben noch die Wahl des Genossen Witik, des 82. sozialdemokratischen Abgeordneten, gebracht, während der zweite ruthenische Sozialdemokrat Genosse Ostapczuk, der in eine ausichtslose Stichwahl gelangt war, unterlegen ist. Bezeichnend ist, daß der Russophile Markow, wie so ziemlich seine Partei überhaupt, endlich aus dem Parlament verschwunden. Damit ist das Parlament von dieser traurigen Spezies von Abgeordneten, deren „Idee“ die Anbetung des Zaren ist, befreit. Den Beweis ihrer politischen Verklumpung hat diese Partei noch im Sterben erbracht. In dem Wahlbezirk Drohobycz-Land hatte in dem zweiten Wahlgang der ruthenische Sozialdemokrat Witik 12 588, der Jungruthene Saworski 9862, der Pole Duschowski 7933 und der Russophile Hoszowski 7903 Stimmen erhalten. In der Stichwahl zwischen den drei erstgenannten lag die Entscheidung bei den Russophilen. Es ist nun charakteristisch und ein Beweis, was die ruthenischen Parteien seit jeher behaupten, daß die Russophilen nicht nur von der russischen, sondern auch von der österreichischen Regierung ausgehalten werden, daß von den rund 8000 russophilen Stimmen zwei Drittel dem polnischen Kandidaten zufließen, der damit an die Spitze rückte. Der Rest wurde für den Jungruthenen abgegeben, der dadurch nur um 200 Stimmen hinter Witik zurückblieb. Wäre es nach dem Willen der Zarenknechte und ihrer Auftraggeber gegangen, so wäre der von ihnen so gehaßte Sozialdemokrat auf diese Weise durchgefallen. Der edle Plan ist aber missglückt und Genosse Witik wird mit mehr als 12 000 Stimmen als Vertreter des ruthenischen Proletariats wieder in das Parlament einzutreten.

Frankreich.

Die Kammer lehnte gestern die Vertagung der Vertagung der Wahlvorlage mit 303 gegen 251 Stimmen ab.

Spanien.

Das Proletariat gegen das Marokko-Abenteuer. Am Dienstag fand in Valencia ein von den Republikanern und Sozialisten einberufenes großes Meeting statt, in dem gegen das Vorgehen Spaniens in Marokko Protest erhoben wurde. Die Versammlung war von 20 000 Personen besucht. Es wurden von den sozialistischen und republikanischen Führern zündende Reden gehalten; u. a. sprachen Perez Galdos und Pablo Iglesias, welche erklärten, daß die spanische Regierung die Akte von Algieras verweigert habe, und daß das Land dem marokkanischen Abenteuer feindlich gegenüberstehe. Die Redner fügten hinzu, daß Frankreich und Deutschland Spanien bald aus Marokko vertreiben werden.

Portugal.

Eine monarchische Revolution soll in Lissabon ausgebrochen sein, wenn man den über London eingetroffenen Meldungen Glauben schenken darf. In Ergänzung einer kurzen Drahtmeldung aus Lissabon hat der „Exchange Telegraph“ über Badajoz einen ausführlichen Bericht über die Ereignisse in Lissabon erhalten. Der Berichtsfasser meldet: Ich schicke die Nachrichten über Badajoz, da ich die von der Regierung eingeführte strenge Zensur umgehen will. Zwischen den in den Kasernen der Stadt untergebrachten Matrosen und der Bevölkerung der Hauptstadt ist es am Mittwoch zu schweren Kämpfen gekommen. Die Matrosen, die durch monarchistische Agitatoren gegen die Republik aufgestachelt worden sind, haben einen bewaffneten Aufstand zur Befestigung der gegenwärtigen Regierung versucht. Sie wollten nach dem Stadtmann gehen, stießen dabei aber

auf den Widerstand der republikanisch gesinnten Bevölkerung. Es kam zum Kampfe, wobei die Matrosen von ihren Schießwaffen, die Bevölkerung von Revolvern und Messern Gebrauch machte. Der Stadtkommandant ließ sofort Generalalarm blasen und alle verfügbaren Truppen, Infanterie und Kavallerie, wurden gegen die Aufständischen geschickt, die sie in blutigem Straßenkampf niederwarfen. Die Ordnung ist gegenwärtig wiederhergestellt, doch herrscht in ganz Lissabon eine gemaltige Erregung, die durch die ausgebreiteten Vorsichtsmaßregeln der Regierung noch gesteigert wird. Die Behörde hat erfahren, daß die Monarchistenführer aus Brasilien Geldmittel in Höhe von 82 000 englischen Pfund erhalten haben. Eine strenge Zensur ist eingeführt. Nach dem Auslande dürfen nur Telegramme abgehen, die vorher von Regierungsbeamten beglittigt worden sind. — Zum mindesten steht fest, daß die Situation eine schwierige ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 7. Juli.

Achtung Mater! Bei der Firma W. Nieset in Schlutup sind die Kollegen in den Streik getreten. Zugang nach dort ist strengstens fernzuhalten.

Achtung Tapezierer! Die Tapezierer Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zugang nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung Maurer und Hilfsarbeiter! über die Arbeiten des Unternehmers Beth in Wadenborn ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt. Die Zweigvereinsleitung.

Was alles grober Unfug sein soll und wer dafür bestraft wird. Es war am Abend des 9. Mai ds. Js., als wie gewöhnlich die aus der Richtung Travemünde kommenden Züge größere Scharen von Arbeitern, die hier anständig, aber in Travemünde, Dänischburg und anderen benachbarten Ortschaften beschäftigt sind, heranbrachte. Auch ein Teil derjenigen Elemente, welche in Dänischburg den wegen Verteilung an der Malfater gemahregelten Männern und Frauen in den Rücken gefallen sind, kam mit dem gleichen Zuge auf dem hiesigen Bahnhofe an. Da es eine bekannte Tatsache ist, daß auch unter den Arbeitswilligen, die oft erst unter falschen Vorspiegelungen zu Verräterdiensten an ihren Klassengenossen verführt werden, doch manchmal noch Personen zu finden sind, welche die Schlechtigkeit ihrer Handlungsweise erkennen, wenn man sie ernstlich darauf hinweist, so wurde auch hier ein Versuch in dieser Richtung unternommen. Die Genossin Schlomer, also die Gattin eines angesehenen Arztes und Bürgerchaftsmitgliedes, unternahm es, an eben diesem 9. Mai an einige Frauen, die bei Milleroy und Boch in Dänischburg Arbeitswilligendienste verrichteten, in dem Augenblick, als sie den Bahnhof verlassen wollten, heranzutreten und ihnen in ruhigem Ton zu sagen, es sei unrecht von ihnen, daß sie ihren kämpfenden Kolleginnen in den Rücken fielen. „Gehen Sie nicht wieder zur Arbeit,“ so klang diese Mahnung aus. Als die Genossin Schlomer noch mit den Frauen sprach, erschien plötzlich ein gutgekleideter Herr in blauem Anzug und fragte unsere Genossin: „Was wollen Sie von den Frauen?“ Dann wendete er sich an die Arbeitswilligen, mit der Aufforderung, mit ihm zu kommen. Unter Führung dieses Mannes, den die Genossin Schlomer für einen Beamten der Fabrik hielt, ging es nun in die Bahnhofshalle zurück. Natürlich gab unsere Genossin ihre Verhinderung, die Arbeitswilligen von ihrem vormaligen Tun abzubringen, nicht auf, sondern ging neben diesen und sprach weiter auf sie ein. Bei dem Eingang zur Polizeiwache auf dem Bahnhof wollte der blauegekleidete Herr Schlomer noch einmal von den Arbeitswilligen fernhalten; als ihm das nichts nützte, forderte er sie plötzlich auf, mit zur Wache zu kommen. Auf die Frage, wer er denn sei, lautete die unerwartete Antwort, er wäre Schutzmänn. Diese Angabe stellte sich nachher auch als richtig heraus. Es war der Kriminalschutzmänn Lübeck. In demselben Augenblick, da sich das abspielte, kam von hinten ein uniformierter Polizeibeamter, nämlich der Schutzmänn Nr. 20, Brüß, und verfehlte, nach der Behauptung der Genossin Schlomer, dieser einen Stoß, daß sie sich einige Schritte vorwärts bewegen mußte. Dann wurden ihre Personalien in der Wache festgestellt, worauf ihre Entlassung erfolgte. Natürlich hatte der ganze Vorfall, der sich in wenigen Minuten abspielte, eine Anzahl von Neugierigen angelockt, die sich den Verlauf der Sache mit ansahen. Was war nun die Folge? Wer glauben würde, eine Mißbilligung des Verhaltens der beiden in Betracht kommenden Schutzeleute seitens ihrer vorgesetzten Behörde, der wäre schwer im Irrtum. Das Gegenteil trat ein. Die Genossin Schlomer erhielt ein auf fünf Mark lautendes Strafmandat wegen Verübung groben Unfugs! Selbstverständlich beantragte Frau Schlomer im Bewußtsein ihrer völligen Unschuld richterliche Entscheidung. Gestern kam nun die Sache vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Seltamerweise waren vom Gericht alle diejenigen Zeugen geladen worden, welche die Staatsanwaltschaft zur Belastung der nunmehrigen „Angeklagten“ benannt hatte, während die Ladung sämtlicher von der Verteidigung vorgeschlagener Entlastungszeugen abgelehnt wurde. Die Verteidigung hatte deshalb selbst zwei Zeugen mitgebracht, von denen schließlich, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, einer vor Gericht zu Worte kam. Die Verhandlung bestätigte im allgemeinen den oben geschilderten Sachverhalt. Selbst der Zeuge Lübeck mußte zugeben, daß Frau Schlomer in ruhiger Weise zu den Arbeitswilligen gesprochen hatte. Der Schutzmänn Brüß will Frau Schlomer keinen Stoß verfehlte, sondern sie nur vorwärts geschoben habe. Die Menschenansammlung auf dem Bahnhof anlässlich des Voralles wird verschieden, nämlich auf 15 bis 30 Personen angegeben. In der Erregung dieses „Auslaufs“, welchen die Anklage der Genossin Schlomer zur Last legt, wird der verübte „grobe Unfug“ erblickt. Nachdem auch der Vertreter der Staatsanwaltschaft die „Schuld“ der Angeklagten für erwiesen erachtet und 5 Mk. Geldstrafe beantragt hatte, wies der Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenfeld-Berlin, darauf hin, daß — wenn wirklich ein Auslauf als vorliegend angesehen würde — dieser ausschließlich auf das Eingreifen des in Zivil befindlichen Schutzmannes Lübeck zurückzuführen sei, der, ohne sich zu legitimieren, die Führung der Arbeitswilligen übernommen und die Angeklagte von der Einwirkung auf letztere abzuhalten versucht hätte. Erst dadurch sei das Publikum auf den Vorfall aufmerksam gemacht worden. Die Angeklagte müsse deshalb freigesprochen werden. Trotzdem lautete das Urteil auf 5 Mark Geldstrafe wegen groben Unfugs. „Von Rechts wegen!“ Wir glauben, daß es in Lübeck und auch anderswo nur wenige Leute geben wird, die in Anbetracht der ganzen Sachlage dieses Urteil verfehlen werden. Es ist eben ein Bei-

trag zu dem dicken Kapitel: „Die Völlerei als Dienerin der Unternehmung bei wirtschaftlichen Kämpfen.“ Anspruch auf Schutz haben nur die Neben Arbeitswilligen, auf deren moralische und ständige Qualifikation erst vor kurzem eine Schwurgerichtsverhandlung in Lübeck ein blendendes Licht geworfen hat. Wer Streikbrecher auf das Verwerfliche ihres Tuns aufmerksam macht, sie gar zur Einstellung ihrer „nützlichen Tätigkeit“ zu bewegen versucht, der wird wegen „groben Unfugs“ bestraft. Damit basta!

Die Maul- und Klauenseuche greift trotz aller Abwehrmaßnahmen in unserm Freistaat leider immer weiter um sich. Heute liegt wieder folgende amtliche Meldung vor: Nachdem in Kurau lsb. Anteils und in der im Fürstentum Lübeck gelegenen Ortschaft Obernwohls die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden ist, werden die Gemeinde Kurau zum Sperrbezirk, die Gemeinden Dörsau und Krumbek mit Einschluß von Hof Krumbek zum Beobachtungsgebiet erklärt. Die Ablieferung der Milch in abgekochtem Zustande an den Holländer Boek in Kurau ist gestattet. In Gütin hat man aus Rücksicht auf die Seucheneinschleppungsgefahr das schon vorbereitete sogenannte Volksfest unterlagert. Auch in unserer Stadt kursiert das Gerücht, daß in Rücksicht auf die schlimme Seuche daran gedacht sei, das Lübecker Volksfest in diesem Jahre, wenigstens vorläufig, nicht abzuhalten. Ob an diesem Gerücht etwas Wahres ist, wissen wir nicht. Jedenfalls ist man gegenwärtig noch emsig mit dem Aufbau der Tribüne auf dem Burgfelde beschäftigt.

Die Rettung Schiffbrüchiger im letzten Jahre. Aus dem Geschäftsbericht der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger ist zu entnehmen, wie groß die Zahl der durch die Rettungsstationen der Gesellschaft bei Schiffbruch geretteten Personen ist. Nach dem Bericht sind die Rettungsstationen der Gesellschaft im letzten Etatsjahre fünfzehnmal mit Erfolg tätig gewesen und haben 57 Personen aus Seenot gerettet, davon 53 durch Rettungsbote und 4 durch Raketenapparate. Die Zahl der seit Gründung der Gesellschaft geretteten Personen ist damit auf 3876 gestiegen. Von diesen wurden 3146 in 575 Strandungsfällen durch Boote und 530 in 102 Strandungsfällen durch Raketenapparate gerettet. Für die 57 Rettungen sind Prämien im Betrage von 3514,20 Mk. gewährt worden. Die an die Mannschaften gezahlten Löhne für Rettungs- und Rettungsfahrten betragen 27 260,35 Mk. Die Zahl der Rettungsstationen ist mit 129 unverändert geblieben. Davon befinden sich 81 an der Ostsee und 48 an der Nordsee. 61 sind Doppelstationen. Die Zahl der für den Dienst der Rettungsstationen bestimmten Fernsprecherverbindungen beträgt gegenwärtig 87. Die Zahl der Bezirksvereine beträgt wie im vorigen Jahre 64. Davon sind 24 Riffen- und 40 Binnenbezirksvereine. Direkt mit dem Vorstande korrespondieren 290 Vertreterschaften. Neu gegründet sind die Vertreterschaften zu Hamam in Westfalen, Solingen in Hannover, Fröndenberg an der Ruhr, Marxloh am Niederrhein und Jilbertal in Schlesien. Eingegangen sind die Vertreterschaften zu Quellendorf in Anhalt und Garz an der Oder. Die Gesamteinnahme belief sich auf 338 132,24 Mk. gegen 374 608,29 im Jahre 1909/10. Die Jahresbeiträge betragen von 53 611 Mitgliedern 147 502,08 Mk. gegen 146 640,36 Mk. von 53 214 Mitgliedern im Jahre 1909/10. Die außerordentlichen Beiträge betragen 87 759,69 Mk. gegen 127 876,26 Mk. im Jahre 1909/10. Davon leisteten die Sammelstiftungen 19 232,39 Mk. gegen 19 319,21 Mk. im Jahre 1909/10. Die Gesamtausgabe belief sich auf 275 365,79 gegen 285 614,01 Mk. im Jahre 1909/10.

Schwandende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der dritten Juniwoche, vom 18. bis zum 24., in den meisten deutschen Städten verschlechtert. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet, starben von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in Aachen 14,7, Altona 11,5, Augsburg 17,8, Barmen 7,7, Berlin 13,3, Bielefeld 5,3, Bochum 17,5, Bonn 26,6, Borken 9,5, Braunschweig 17,1, Bremen 9,9, Breslau 17,7, Charlottenburg 12,5, Chemnitz 15,4, Danzig 17,2, Darmstadt 12,5, Dortmund 17,5, Dresden 15,6, Deutsch-Wilmersdorf 8,1, Duisburg 15,0, Düsseldorf 13,8, Elberfeld 12,5, Erfurt 17,3, Essen 10,2, Frankfurt a. M. 10,9, Freiburg i. B. 16,8, Flensburg —, Frankfurt a. O. —, Fürth —, Gera —, H.-Glabach —, Gleiwitz —, Gelsenkirchen 15,3, Görtz 19,5, Hagen 9,4, Halle a. S. 20,7, Hamburg 13,8, Hannover 12,3, Harburg —, Hannover 14,4, Heidelberg —, Karlsruhe 14,1, Kassel 13,6, Kiel 16,0, Köln 15,5, Königsberg i. P. 16,4, Kaiserslautern —, Königshütte 21,5, Krefeld 8,8, Koblenz —, Leipzig 12,3, Liden 15,4, Lichtenberg 12,8, Lübeck 16,9, Ludwigshafen 12,5, Magdeburg 17,1, Mainz 14,6, Mannheim 13,0, Meß —, Mülhausen i. E. 13,3, Mülheim a. d. R. 16,6, München 13,9, Münster 10,9, Nürnberg 12,2, Oberhausen 13,3, Offenbach 13,8, Plauen i. V. 10,6, Posen 23,9, Remscheid 11,5, Rixdorf 10,5, Saarbrücken 13,4, Schöneberg 12,3, Spandau 6,7, Steffin 15,0, Stralsburg i. E. 18,1, Stuttgart 12,6, Wiesbaden 14,3, Würzburg 19,1, Zabrze —, Zwickau 12,8.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 6. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 16½, Luft 15; morgens 10 Uhr: Wasser 17½, Luft 22; mittags 12 Uhr: Wasser 18, Luft 23; abends 6 Uhr: Wasser 20, Luft 23 Grad Celsius. Zahl der Badenben: etwa 600 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 600 weibliche Personen.

pb. Vandalismus. In der Nacht vom 30. Juni bis 1. Juli ist in der Breitenstraße, unweit der Beckergrube, eine Ladenstube, vermutlich durch einen Schlag mit einem spitzen harten Gegenstande zerrümmert worden.

pb. Diebstahl. Am Sonntag, dem 2. d. M., ist in einem Langlokal in Israelsdorf eine schwarze Handtasche mit Reisebörse, enthaltend 30 Pfg., eine Langkarte, lautend auf Bertha Spethmann, ein Taschentuch, eine Visitenkarte von Otto Spethmann und einem Schlüsselring mit zwei Schlüsselchen abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Einbruch. In der Nacht zum 4. d. M. sind aus einer Gastwirtschaft in Rückwitz mittels Einbruchs gestohlen: Für zirka 6 Mark Briefmarken, 1 Flasche Bittern, für zirka 5 Mark Schokolade und für zirka 60 Mark Zigarren und Zigaretten.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Das stets gern gesehene Lustspiel: „Der Weihenreifer“ von G. v. Moser geht in der morgigen volkstümlichen Vorstellung, jeder Platz 50 Pfg., letztmalig in Szene. Nachdem die Vorbereitungen beendet, findet am Sonntag bestimmt die erste Aufführung der entzückenden Operette: „Nanon, die Wittin vom goldenen Lamm“ statt. Die Spielleitung liegt in den Händen des Herrn Julius Seidler und für die musikalische Leitung zeichnet Herr Kapellmeister Engel-Stöcker. Montag wird „Die Haubenlerche“ wiederholt. Im Laufe der Woche gelangt noch D. Jbilens: „Der Volksfeind“ zur Darstellung.

Hamburg. Unterschlagungen eines Prokuristen. Unterschlagungen von ¼ Million Mark sind bei einer hiesigen Firma verübt worden. Der Prokurist Salomon der Lotteriefirma Cohn ist flüchtig geworden, nachdem

er seiner Firma im Laufe der Jahre 250 000 Mk. unterschlagen hat. Durch Fälschungen der Bücher war es ihm möglich, die Unterschlagungen so lange zu verdecken. Am Mittwoch nachmittag wurde die Leiche Salomons aus der Auster gezogen. Es liegt Selbstmord vor. — Vom Spiel in den Tod. Beim Spielen im Treppenflur des elterlichen Wohnhauses, Vierländerstraße 70, öffnete das dreijährige Töchterchen Ella des in der dritten Etage wohnenden Arbeiters Bopppe das Treppenhauseisenfenster in der zweiten Etage, lehnte sich zu weit aus dem Fenster und stürzte kopfüber in den Hof. Das Kind, das außer einem Schädelbruch andere schwere Verletzungen erlitten hatte, wurde noch lebend in die elterliche Wohnung gebracht, starb aber bald darauf. — Ein Kind totgefahren. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch Ende der Bismarckstraße, beim Scheibeweg. Dort geriet der im sechsten Lebensjahr stehende Sohn des am Eppendorferweg 145 wohnenden Kontorboten Wachsmann unter die Räder eines Geschäftswagens und wurde überfahren. Der Knabe, der schwere Verletzungen davontrug, wurde ins Eppendorfer Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb.

Hamburg. Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe. Immer eigenartiger wird die Situation doch nicht ungnädiger für die Arbeiter. Im Lager der Unternehmer herrscht ein Kuddelmuddel, wie er nicht größer sein kann. Selbst bisherige Vorstandsmitglieder des Arbeitgeberverbandes wenden sich jetzt an den Holzarbeiterverband und erbieten sich, Einzelverträge abzuschließen. Täglich kommen Tischlermeister auf das Bureau des Schutzverbandes und verlangen, daß nun endlich dem Trauerspiel ein Ende gemacht werden möge. Die Leiter der Arbeitgeberorganisation haben jedoch jedes Augenmaß für die tatsächlichen Verhältnisse verloren und glauben immer noch, die verpfuschte Situation zu retten. Die Arbeitswilligen gehen jetzt unter einer neuen Firma. Es erscheint folgendes Inserat:

„Nach Abschluß des Lohntarifs mit den Arbeitgebern der Holzindustrie können durch unseren Nachweis Tischler auf Bau und Möbel, sowie Parkettleger eingestellt werden zu den neuen Tariflöhnen. Tischler, die dem Deutschen Holzarbeiterverband nicht angehören, wollen sich schriftlich melden.“

Verband der Holzarbeiter von Hamburg und Umgegend von 1911.

(Mitgliederbestand ca. 700 Personen.)

Wenn die Arbeiter, wie bisher, ihr Augenmerk auf diese Art der Arbeitswilligen suchen, so wird auch dieser neueste von den Unternehmern sicher bezahlte Versuch wirkungslos bleiben. Weil der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Interessen seiner Mitglieder so miserabel vertritt, haben eine Anzahl Unternehmer sich zusammengeschlossen, um mit dem Holzarbeiterverband zu verhandeln. Zum Donnerstag ist eine Versammlung der Tischlermeister einberufen, in der die weiteren Schritte beraten werden sollen. Inzwischen sind von zwei Seiten Verhandlungen angeboten worden, und zwar vom Syndikus der Detaillisten, Dr. Grunow und vom Vorsitzenden der Arbeitsnachweise der „patriotischen Gesellschaft“, Landrichter Dr. Neumann. Ob dabei irgend etwas herauskommt, muß abgewartet werden. Jedenfalls haben die Arbeiter bei dem gegenwärtigen günstigen Stand der Bewegung keine Ursache nachzugeben. — Dringend bitten, jedoch die Hamburger Holzarbeiter, auch ferner strengstens auf Fernhaltung des Zuzuges zu achten.

Glückstadt. Die schlotternde Angst vor der Sozialdemokratie hat den Bürgerverein mobil gemacht und er stellte in der Sitzung der beiden städtischen Kollegien den Antrag, den bis jetzt geltenden Wahlszenenussatz von 900 Mk. entsprechend zu erhöhen. Er begründete den Antrag damit, daß sich die bürgerlichen Wähler hier bei den städtischen Wahlen seit Jahren nur mit größter Anstrengung des sozialdemokratischen Ansturms erwehren können und eine Auslieferung der Mandate an diese Partei fortan sicher sei, wenn keine Änderung vorgenommen würde. Nach längerer Verhandlung beschloß das Stadtverordnetenkollegium mit vier gegen vier Stimmen, wobei die Stimme des Stadtverordneten-vorstehers entscheidend war, und der Magistrat mit drei gegen zwei Stimmen, die Erhöhung des Wahlszenenussatz auf 1200 Mk. Ein Antrag, den Satz auf 1500 Mark festzusetzen, wurde vor der Abstimmung zurückgezogen. So ist denn die arbeitende Bevölkerung wieder einmal vergewaltigt worden. Die Empörung darüber ist grenzenlos, aber lebhafter denn je wird die Agitation für unsere Sache einsehen. Mancher, der bisher abseits stand, tritt jetzt zu uns über, in der richtigen Erkenntnis, daß nur das gemeinsame Vorgehen aller Getretenen zum endlichen Siege führen wird. Mögen die, die so die Rechte der arbeitenden Klasse beschneiden, sich hüten.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 6. Juli. Auftrieb 897 Schweine. Markt flott geräumt. — überhand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 54,— (— bis 43,—) Mk. Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 54,— (— bis 43,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 56,— bis 56,50 (43,50 bis 44,—) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 56,00 bis 57,00 (43,50 bis 44,50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 51,00 bis 55,00 (39,00 bis 42,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 50,— bis 51,— (40,00 bis 41,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 45,— bis 48,— (35,50 bis 37,50) Mk.

Quittung. Für den Reichstagswahlloos im Fürstentum Lübeck (1. oldenb. Wahlkreis) gingen bei dem Unterzeichneter ein:

Vom Transportarbeiter-Verband, Mitgliederschaft Lübeck, Distrikt Stockelsdorf 50,— Mk.
Vom Gesangverein „Frohinn“-Valente 30,05 „

Bereits quittiert 80,05 Mk.
Sa. 101,55 Mk.

Der Zentralvorstand der Soz. Partei für das Fürstentum Lübeck.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Edwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LÜBECK

Holstenstr.

JEDER EINKAUF
führt zu grossen Ersparnissen.
Von 20 Pfennig an
RABATT-MARKEN.

Großer

Extra-Verkauf

zu horrend billigen Preisen in
Damen- und Herren-Wäsche
weissen Stickerei-Stoffen
Seiden-Batisten u. Musselinen

Ein Gelegenheitsposten

Damen-Taghemden
Damen-Beinkleider
Damen-Nachtjacken
Herren-Taghemden

Achsel- und Vorderschluss, mit Stickerei-Trimming und gestickter Passe
Knie- und Priesen-Fasson, mit Stickerei und Einsätzen
aus Piqué und Madapolam, mit Stickerei und Languetten
aus Kretonne und Renforcé, teilweise mit Falten-Vorderteil

Serie I **125** Serie II **145**

Regulärer Preis sonst bis 245 Mk.

Ein Gelegenheitsposten

Herren-Nachthemden

aus la. Hemdentuch teilweise mit bunten Bordüren

Regulärer Preis sonst bis **350** als Gelegenheitskauf **195**

EIN POSTEN

weisse Seiden-Batiste
ALS GELEGENHEITSKAUF

Meter **45** Pfg.
Regulärer Preis sonst Meter 60 Pfg.

EIN POSTEN

weisse Plumetis, Organdis und Stickerei-Stoffe

Serie I **58** Serie II **80** Serie III **115**
Meter Regulärer Preis sonst bis 1.75 Mk.

EIN POSTEN

Elfenbeinfarbige Woll-Batiste
ALS GELEGENHEITSKAUF

Meter **75** Pfg.
Regulärer Preis sonst bis 1.25 Mk.

In der Lebensmittel-Abteilung:

GROSSE LADUNGEN

Neue Schabe-**Kartoffeln** . 5 Pfd. **39** 1/2
Junge Erbsen Pfd. **16** 1/2
Junge Wurzeln . . . Bund **5** 1/2
Große Bohnen Pfd. **17** 1/2
Jung. Blumenkohl Kopf **25** 1/2
Spitzkohl Kopf **12** 1/2
Wirsingkohl Kopf **12** 1/2
Neue Gurken Stück **10** 1/2
Junger Kopfsalat Kopf **4** 1/2

Vom Lübecker Schlachthof:

Prima junges
Schweinefleisch

Pfund

60 1/2

Bratenstücke u. Karbon. m. Fett Pfd. **70** 1/2

Salz, fein . . Pfd. **9** 1/2
Weizenmehl Pfd. **16** 1/2
Reismehl . Pfd. **17** 1/2
Kartoffelmehl Pfd. **18** 1/2
Maismehl . Pfd. **29** 1/2
Graupen . . Pfd. **16** 1/2
Sago Pfd. **24** 1/2
Grieß Pfd. **24** 1/2
Reis Pfd. 20, 18, 15 1/2

Fr. Grasbutter Pfd. **1.22**
Palmitin Pfd.-Pak. **65** 1/2
Schweineschmalz **65** 1/2
Blutwurst . Pfd. **58** 1/2
Leberwurst Pfd. **60** 1/2
Gr. Landwurst Pfd. **98** 1/2
la Schweizerkäse **78** 1/2
Holländ. Maikäse **98** 1/2
Edamer Käse Pfd. **98** 1/2
Tilsiter Käse Pfd. **39** 1/2
Fromage de Brie **78** 1/2

Vom Lübecker Schlachthof:

Prima junges
Rindfleisch

Pfund

65 1/2

Bratenstücke . . Pfd. **75** 1/2

GROSSE LADUNGEN

Vierländer Kirschen Pfd. **25** 1/2
Ananas-Erdbeeren . Pfd. **28** 1/2
Hannov. Bickbeeren Pfd. **27** 1/2
Reife Stachelbeeren Pfd. **24** 1/2
Messina-Zitronen Dtzd. **36** 1/2
Große frische Eier 10 St. **63** 1/2
Neue Jager **Matjes-Heringe** Stück **10** 1/2
Fruchtsaft Himbeer, Kirsch, Johannisbeer . Fl. **98** 1/2
Kakao garantiert rein . . . Pfd. **75** 1/2

Frisch geröstete Kaffees

3 Spezialmischungen, hervorragend im Geschmack, Aroma und Ausgiebigkeit

Lübecker Mischung 1/2-Pfd. **70** 1/2 Hamburger Mischung 1/2-Pfd. **80** 1/2 Bremer Mischung 1/2-Pfd. **90** 1/2

Gelegenheitskäufe.

50 Taschenuhren
u. 20 Harmonikas
kaufen billig zu verkaufen.
Gützstraße nur 121, part.

„Zur Hansa“

Gützstraße 21.
Täglich von 12-3 Uhr.
St. bürgerl. Mittagstisch
nach der Karte a Person 65 Pfg.
— Abonnement: Ermäßigung.
Abendstamm von 6 Uhr an
40 und 50 Pfg.

Diese Woche la. fett. Kalbfleisch

keine Auschuß-Kalber
pro Pfd. nur **80** 1/2
Pa. Sammelf. Pfd. **80**, Senle **90** 1/2
Schweinefleisch Pfd. **65**, **70** 1/2
Ferkelf. Rindfl. **65-70** 1/2
Schmorbraten **75-80** 1/2
Kollfl. **90**, Sch. Beeff. **110** 1/2
Gulasch u. Gehacktes Pfd. **80** 1/2
Blomen-Schmalz **70** 1/2
H. Atmer,
Schlachterei. Königsstraße 48b.

Käse! Käse!

Bruchkäse sehr billig.
Fleischhauerstr. 48.
Empfehlungskarten
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Jeden Sonnabend:

Heiße Knackwurst.
Heinr. Viereck
Gützstraße 96.

Pa. frische Carbonade (nackte) p. Pfd. 75 1/2

Prima Schweinefleisch, Bratenstücke Pfd. 60 1/2

Pa. bide Flomen p. Pfd. 60 1/2

Pa. Kopf u. Bein Pfd. 15 1/2

Pa. Schweinefleisch, frisch und gepöfelt Pfd. 40 1/2

Pa. Kochrippen Pfd. 15 1/2

Pa. Mettwurst Pfd. 70 1/2

Pa. Leberwurst Pfd. 70 1/2

M. Lahrtz, Böttcherstr. 16. Fernr. 1874.

Betten, Bettfedern
u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt Otto Albers Markt **10**.
3 B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Spezial-Geschäft
in
Dauerwäsche
zu äußerst billigen Preisen.
E. Schweders Wäsche-Industrie.
Hauptgeschäft: Stettin, Grosse Oderstrasse 30.
Filialen:
Lübeck, Huxstr. 68. — Schwerin, Wismarsche Str. 48.

Wie Millionen „gemacht“ werden.

Aus Newyork wird uns geschrieben:
Von mehr als einer hervorragenden Stelle aus leuchtet die amerikanische Demokratie zurzeit hinter die Kulissen der Welt, in der Millionen „verdient“ werden, ohne daß die beteiligten Gentlemen jemals Gegenwert produzieren, wie unter einem Fingernagel geht. Vor dem Trust-Untersuchungs-Komitee des Bundesparlaments zu Washington hat erst kürzlich der „Finanzmann“ Gates erzählt, wie die Gründer des Stahltrusts, zu denen er selber gehörte, eine runde Million Dollar anfänglich rein fiktives Kapitalis — sogenanntes Wasser-Aktien — zinsheftend gemacht haben, und der Vorsitzende der Stahltrust-Exekutive selber, Ex-Richter Gary, bezeugte vor demselben Ausschuss, daß die Bankfirma S. P. Morgan u. Comp. dafür, daß sie die Finanzierung des Trusts übernahm, die Kleinigkeit von 129 Millionen Dollar erhalten habe! Aber eine halbe Milliarde in deutschen Reichsmark für so gut wie gar keine Arbeit und — wohlgerneht — so gut wie gar keinen Ausgaben! Der arme Bahnpassagier, jeder Arbeiter und Handwerker, der mit einem Stahlwerkzeug hantiert, mußte und muß noch heute zur Vergütung dieser Morganischen Millionen beitragen. Der schon vor einigen Jahren in Sünden dahingefahrene Zuckerkönig Havemeyer hat, wie das Zuckertrustverhör vor dem genannten Kongress-Komitee ergab, bei der Etablierung des Zuckertrusts auf ähnliche Weise 10 000 000 Dollar „gemacht“, wovon er seinem ersten Finanzagenten James Post, dem jetzigen Präsidenten des Trusts, das bescheidene Trinkgeld von 500 000 Dollar (über 2 000 000 deutscher Reichsmark) zahlte. . . . Damit nicht genug, hat der Trust, wie der besessene verurteilte und inzwischen begnadigte Dock-Superintendent Oliver Spitz vor dem Parlamentsausschuss bekundete, die Regierung bereits seit dem Jahre 1885 durch Benutzung falscher Wagen sechs verschiedener Systeme um 300 Millionen im Gesamtbetrag von mehreren hundert Millionen Dollar betrogen, und zwar gemäß der direkten Anweisungen Havmeyers.

Fast gleichzeitig mit der Trust-Enquete des Kongresses, auf deren Fortgang man gespannt sein kann, kommt eine Veröffentlichung des „Political Science Quarterly“, worin William F. Ripley das Publikum über die Ergebnisse einer Untersuchung der Bundes-Verkehrskommission über eine Generalgaunerei des verstorbenen „Eisenbahnkönigs“ Harriman informiert. Es handelt sich hierbei um die „Erwerbung“ der Chicago- und Alton-Bahn durch Harriman und Konsorten im Jahre 1898. Die Bahn befand sich vor jener Zeit im prosperierenden Zustande. Bei einer Aktiva von 39 900 000 Dollar konnte sie 8 Proz. Dividende zahlen. Es war, wie man in Deutschland sagt, eine Goldgrube, und die Harriman-Gruppe mußte sie als solche zu schätzen. Sie begann die Aktien der Bahn, die 50 bis 100 Proz. über Pari standen, zum höchsten Marktpreise anzukaufen, um das Unternehmen schließlich, nachdem sie die Mehrheit der Papiere an sich gebracht hatte, zu „reorganisieren“. Es wurde ein Syndikat gebildet, das natürlich zu Kapitalerhöhungen schritt und diese rüstig und ohne Ermatten sieben Jahre lang fortsetzte. Schließlich betrug das Kapital des Bahnhens 114 600 000 Dollar. Für den Ausbau der Bahn und Ergänzung des Materials wurden während dieser Zeit nur 10 Millionen ausgegeben, und

für mehr als die Hälfte des Kapitals, nämlich für 62 600 000 Dollar, war absolut keine tatsächliche Deckung vorhanden. Das Kapital würde einen Wert von 66 000 Dollar pro Bahnmeile ergeben haben, bedeutend mehr, als irgendeine Bahnstrecke der Welt auf die Meile wert ist.

Die Ausgabe von 40 Millionen in dreiprozentigen Schuldverschreibungen war der erste strategische Zug in diesem gaunerischen Finanzmanöver. Damit sollten angeblich ausstehende Verpflichtungen eingelöst werden. Den Gründern wurden diese Bons zum Kurse von 65 Prozent abgelassen. Die Syndikatsmitglieder hatten keine Schwierigkeit, die Dinger auf dem offenen Markte zum Kurse von 82 bis 94 Prozent loszumachen. Der Profit betrug 8 Millionen Dollar. Rechtschaffenere Weise hätte der Gewinn aus dieser Transaktion zu Verbesserungen der Bahnanlage und des Bahnbetriebes verwandt werden müssen, aber die smarten Gründer steckten das Geld natürlich in die Tasche. Es wurde jetzt eine Dividende von 30 Prozent erklärt, die natürlich aus dem wirklich vorhandenen Fonds von rund 40 000 000 Dollars genommen werden mußte, und der Löwenanteil fiel den Syndikatsmitgliedern zu. Dem Buchführungs-Experten Harrimans fiel die Aufgabe zu, die ganze Manipulation plausibel erscheinen zu lassen, was für diese Leute kein Kunststück ist, denn die Bücher sind ja dazu erfunden, die Geschäfte zu verschleiern, und man braucht zu diesem Zwecke nur Reservefonds, Ausgleichungen von Verbindlichkeiten, Coupon-Zahlungen und dergleichen kunstgerecht durcheinander zu schüteln. Der nächste Schritt war nun die Gründung einer neuen Gesellschaft mit den Syndikats-Konsorten als „Inkorporatoren“. Die neue Gesellschaft übernahm die Vorzugsaktien der alten, die nicht ganz 7 Millionen Dollar gekostet und eine spezielle Dividende von 30 Prozent gebracht hatten, zum Preise von zehn Millionen in bar, und für die 183 224 gewöhnlichen Aktien der ursprünglichen Chicago- und Alton-Bahn, deren Gesamtbetrag sich auf 32 Millionen Dollar belief und worauf 5 1/2 Millionen Dollar Dividende gezahlt worden waren, gab die neugebackene Bahngesellschaft 390 318 Stück ihrer eigenen Aktien. Zu drei Vierteln wurden diese der Kasse der Kohn-Island-Comp. angehängt, der Rest fand bei der Union-Pacific-Bahn willige Abnahme. Diese beiden Bahnen, die für die Papiere der neuen Bahngesellschaft erorbitante Preise zahlten, gehörten selbstredend zu den von Harriman „kontrollierten“ Unternehmungen. Die neugegründete Gesellschaft mußte nun aber, um ihren Verpflichtungen gegenüber dem Syndikat gerecht zu werden, 13 Millionen Dollar in bar ausbringen, was dadurch geschah, daß sie die Aktien der eben gekauften alten Bahn für 22 Millionen Dollar verpfändete. Diese neuen Bonds übernahm dann das Syndikat zum Kurse von 60 Proz., der Börsenpreis betrug 78 bis 86. Was die Syndikatsleute dabei verdienten, wurde nie bekannt. Von all diesen Transaktionen ist nun aber in den Büchern der Chicago- und Alton-Bahn nichts zu finden! Der Bahn selber ist von den so „verdienten“ Millionen kaum das geringste zugute gekommen. Sie mußte, um die notwendigen Wagenanschaffungen zu ermöglichen, abermals neue Bonds ausgeben! Kurzgefaßt, war der Vorgang dieser: Unverschämte Verwässerung des Kapitals mit einem Syndikatsprofit von 23 600 000 Dollar, der restlos von den kapitalistischen Eisenbahnräubern eingesteckt wurde; Bondsverkauf zu lächerlich niedrigem Preise, darauf eine dreißigprozentige Extra-Dividende, dann Barverkauf der Prioritäten zu höchstem Preise an die neugegründete Compagnie,

Verkauf der gewöhnlichen Aktien zu ebenso maßlosen Preisen an jene anderen, von Harriman beherrschten Bahnen; danach Losschlagung einer großen Bondsausgabe an die Syndikats-Interessenten zu äußerst niedrigem Preise und schließlich ein entsprechend hoher Profit beim Verkauf auf dem Markt und eine Extra-Prämie von 100 000 Dollar an das Genie, das dieses ganze gaunerische Spiel der höheren Finanzkünste eingefädelt hatte. . . . Und die Harrimänner leben noch.

Baumwolle oder Schieckbaumwolle?

Die ewige Baumwollfrage ist seit den letzten Jahren dauerndes Argument aller Kolonialschwärmer gewesen. Es wäre verwunderlich, wenn im Marokko-Rummel dem deutschen Arbeiter die ganze Sache nicht auch wieder so schmachhaft gemacht würde, daß man ihm die Seligkeit eigener Baumwollgebiete vorgaukelt. Und wo sollen die neuesten kolonialdeutschen Baumwollgebiete einmal liegen? Die „Rheinisch-Westf. Zig.“ gibt die Antwort: — in Marokko! Womit für den deutschen Arbeiter „einwandsfrei“ festgestellt sein soll, daß jetzt die bösen Franzosen aufgefressen werden müssen. Die „Rhein.-Westf. Zig.“ schreibt in einem Leitartikel unter der mehr als eigentümlich anmutenden Überschrift: „Der deutsche Arbeiter bei der Marokkofrage“ so vielerlei über die wirtschaftlichen Argumente des schwarz-weiß-roten Marokko-Interesses, daß es unbedingt notwendig ist, gründlich nachzuprüfen!

Sie schreibt: . . . (Deutschland) bedarf alljährlich für 600 Millionen Mark Baumwolle, für ca. 200 Millionen Mark Kupfer, für ca. 200 Millionen Mark Eisenerze usw. Gerade diese Industrierohstoffe könnten wir zum größten Teile (!) aus Marokko beschaffen, und ein deutsches Marokko in seiner Fruchtbarkeit gestattete uns zum erheblichen Teile (!) die Versorgung mit Lebensmitteln und unabhängig von den Schikanen, von den Follerschwerungen des Auslandes.“

So viel Sätze, so viel Lügen! Einmal kommt Marokko in seiner heutigen Gestalt als wirtschaftliches Interessengebiet nur in soweit in Frage, als nicht berechnete englische und französische, auch spanische Wirtschaftsinteressen gestört würden. Und gerade das Gebiet, welches sich von dem neuesten Einfallsfahnen Agadir aus in das Landesinnere erstreckt, ist heute noch völlig unerforschtes, die Flüsse sind nicht schiffbar, die Küste selbst gestattet wegen der dort herrschenden dauernd böigen Winde nur geringe Schifffahrt. Aber hinter dem Küstenlande liegt ja der Gebirgszug, auf den es die Mannesmanninteressenten und alle die anderen, welche auf marokkanische Profite hoffen, abgesehen haben. Wohlgerneht, erschlossen ist von diesem ganzen Gebiete so gut wie nichts! Baumwolle wird in diesem Gebiete bis jetzt dort überhaupt noch nicht gebaut! Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ spricht von einem erheblichen Teile der von Deutschland gebrauchten Baumwolle, welche aus Marokko bringen könnte! Ein erheblicher Teil der von uns gebrauchten Rohbaumwolle — rund zwei Drittel — kommt jetzt aus den Vereinigten Staaten, wo alte Baumwollkultur herrscht! Sicher ist die Versorgungsfrage für dieses so wichtige Rohprodukt brennend wichtig, sie aber so zu lösen, daß man dem deutschen Arbeiter vorlägt, in Marokko würde er den Schlüssel zur Lösung aller Baumwoll-

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(99. Fortsetzung.)

„Ich kenne ihn nicht, ich weiß auch nicht, wer es war!“ — Diese Lüge stieß Anton mit heftiger Anstrengung aus. Dann ließ er sein Haupt in Schramprls Schoß zurücksinken, wo er ruhig lag, bis der aus dem Försterhause erbetene Beistand anlangte. Der Förster und dessen Bruder, der Bataillonsarzt, begleiteten die Träger. Unter ihrer Aufsicht wurden die besten Anstalten getroffen, die Wunde jedoch vorher sorgsam besichtigt, ehe man den Leidenden in eine andere Lage brachte. Der Bataillonsarzt, mit jenem scharfen Blick, den eine auf Schlachtfeldern angeübte Sicherheit gewährt, rief lustig aus: „Das nenne ich mir doch eine Kugel, die Lebensart versteht; bringt in der Nähe des Herzens ein (wo sie allerdings einen lächlichen Preller gegeben und zurück empfangen haben mag).“ schleicht sich dann zwischen Rippen und Haut bescheiden durch, und als ob sie wüßte, daß sie inwendig nichts zu suchen hat, macht sie sich gleich wieder einen Ausweg ins Freie.“

„Also keine Lebensgefahr, Bruder?“ fragte der Förster. „Keine“, war die Antwort. „Sechs Wochen, oder so etwas, unter guter Pflege, das ist alles.“

Und Anton's Wunden wurden nach allen Regeln der Kunst verbunden. Dann setzte sich der Zug langsam in Bewegung.

Schramprl drang mit flehentlichen Ditten in den Förster, er möge ihm gestatten, als Krankenpfleger so lange im Försterhause zu weilen, bis Herr Antoine wieder auf den Beinen sei. Dabel pries er Antoin's Talente und Vorzüge, stellte seine Liebenswürdigkeit in das hellste Licht und wurde nicht müde, von jenen Zeiten zu erzählen, wo sie beide, Antoine und Schramprl, als Sterne reinsten Lichtes am Himmel der reisenden „Künstlerwelt“ glänzten. Der Förster, ein braver, schlichter Waldmensch, der bei all seiner praktischen Tüchtigkeit und inmitten eines abgeschlossenen Lebens heiteren Sinn und fröhliche Frische bewahrte, nahm des närrischen Schwägers gutmütige Übertreibungen freundlich auf. Er hatte sich schon gestern, wo der wandernde Kammerjäger — denn bis zu diesem „soliden Beruf“ war unser Riese erniedrigt worden — ihm seine Dienste angeboten, nicht wenig an ihm erlustigt, hatte auch einen Vertrag mit ihm abgeschlossen, vermöge dessen Herr Schramprl den vollen Preis für seine „totale Vertilgung sämtlichen hochfürstlichen Ungeheuers“ im Försterhause erst dann empfangen sollte, wenn nach

Ablauf einiger Monate die Prozedur ihre unzweifelhafte Nachwirkung getan habe. Zu diesem Endzweck hätte Schramprl ja doch bisweilen wieder einsprechen und zum Rechten schauen müssen. Auf einen Esel kommt es in einer großen Landwirtschaft ohne dies nicht an, und der bleiche, männlich duldende, freundlich leidende Anton hatte durch sein stoisches Verhalten bei dem Untersuchen der Wunde, wie durch seine bescheidenen, dankbaren Worte den Förster schon für sich gewonnen. Es wurden also gar keine Schwierigkeiten gemacht. Anton's Lager bereitete man in einem Dachstübchen neben jenem, welches die Jägerburschen bewohnten; Schramprl erhielt ein Bett bei Anton; Peter wurde ausgesendet, um in der ganzen Nachbarschaft umherzuspüren, wo Mäuse und Ratten zu vertilgen seien, und empfing den Auftrag, Berichte darüber an seinen Herren abzustatten, der sein Amt als menschenfreundlicher Krankenwärter mit seinem Geschäft als mausfeindlicher Häuberer zu vereinen hoffte; des Försters Bruder unterwies ihn auf das genaueste in allen Hilfeleistungen, die beim Reinigen und Verbinden der Wunde nötig waren, und versprach außerdem, einen Tag um den anderen aus seiner Garnison einen Spazierritt zum Försterhause zu machen, so lange es nötig sei. Der Förster aber setzte sogleich einen Bericht an die Behörde auf, den er seinem Bruder, dem Arzt, zur baldigen Beforgung mitgab.

Gegen Abend stellte sich das heftigste, als unvermeidlich vorherverkündigte Wundfieber ein, gegen welches der scheidende Arzt alle zweckmäßigen Vorkehrungen und Milderungsmittel angeordnet hatte, welches also niemand erschreckte. Anton phantasierte heftig und mengte wunderliche Dinge durcheinander, behielt aber dennoch, sogar im exaltiertesten Zustande, Willenskraft übrig, keine Silbe sich entschließen zu lassen, die sein Verhältnis zu der gräßlichen Familie auf Erlestein andeuten konnte. Dagegen ergingen sich seine lebhaften Träume gleichsam lustwandelnd in allen Richtungen des verflochtenen Lebens, von Lust zu Gram, von Glück zu Weiden überspringend. Dadurch regte er, weil er die Namen von Personen und Orten im buntesten Wechsel durcheinander warf, den rebelustigen Schramprl auf, mit hinein-zuschwaben, seine eigenen Abenteuer mit den Phantasien des Kranken zu vermischen und ihn an Tollheiten noch zu überbieten.

Die Jägerburschen, nur durch eine dünne Wand von ihnen getrennt, wußten zuguterletzt nicht mehr, wer von beiden den größten Unfuss schwangte, ob der Kranke im Fieber, ob der Wärter, der dem Kranken Lüge über Lüge erzählte.

Gegen Morgen stellte sich endlich Ruhe ein und mit ihr durch sie auch der Schlaf. Und als nun die Gerichts- personen, durch des Försters Rapport entboten, in den Hof einfuhren, erwachte unser Freund zu neuem, klarem Leben.

Jede Gefahr schien beseitigt. In dem Verhöre, welches man mit ihm anstellte, blieb er dabei, daß der Mensch, der nach ihm geschossen, den er nur unbedeutlich durchs Gebüsch gesehen, ihm fremd sei; daß er ihn durchaus nicht beschreiben oder bezeichnen könne; daß er keine Ahnung habe, welche Absicht dieser Lakz zum Grunde gelegen; und daß von seinen Habseligkeiten, die er unberührt beim Erwachen neben sich vorgefunden, nichts fehle.

Der Richter, dessen Schreiber, der Förster schüttelten die Köpfe und beruhigten sich endlich bei der Ansicht, es könne wohl ein Raubmordfall beabsichtigt, die Ausführung desselben aber durch die Dazwischenkunft des Zeugen Schramprl verhindert worden sein, welche den Raubmörder veranlaßt habe, die Flucht zu ergreifen. Diese Meinung fand um so mehr Beifall, da Anton sich wohl hütete, beizubringen, welche eine Frist zwischen Louis Schuß und Schramprls Erscheinen gelegen. Das Resultat der Untersuchung lautete auf einen in diesen Gegenden umherstreifenden, höchst gefährlichen, gänzlich unbekanntem Bösewicht, für dessen Habhaft-werdung die Forstbeamten außergewöhnliche Mittel anzuwenden, auch sich deshalb mit dem gräßlich Erlesteinischen Wirtschaftsamte ins Einvernehmen zu setzen haben würden.

Welchen Erfolg diese „außergewöhnlichen Mittel“ samt ihren Patrouillen, Streifereien, nächtlichem Ausgöböt umliegender Gemeinden und ähnlichen Unternehmungen erzielten, brauchen wir, als Eingeweihte, nicht erst anzudeuten. Der Täter blieb unentdeckt, wurde bald vergessen und es redete schon niemand mehr von ihm, als Anton's Wunde lange noch nicht geschlossen war.

Schramprl ging ab und zu, verfolgte meilenweit in die Runde alles, was Maus und Ratte heißt, kehrte trübselig zu Anton zurück, benahm sich als Gehilfe des Wundarztes so vorsichtig, exakt und pünktlich, daß dieser, wenn er Zeit fand, selbst zu kommen, dem Riesen alle möglichen Lobprüche erteilte, ihm sogar einen Platz im Lazarett anbot, welches Anerbieten jedoch schände zurückgewiesen wurde, weil eine solche Stelle mit der „persönlichen Freiheit“ nicht vereinbar sei. „Als Vagabund bin ich geboren, habe ich gelebt, will ich sterben; auf einem Flecke verbleiben, ist meinen Anlagen und Fähigkeiten zunider; ich würde sogar hier, wo Freundschaft und Kameraderie mich fesseln, nicht aushalten.“

fragen finden, ist ein Trevel gefahrlöcher und verruchte-
ter Art.

Noch gemeiner ist die Methode, die dazu dienen soll,
nachzuweisen, daß eine deutsche Baumwollverföhrung uns
vom Auslande zölpolitisch unabhängig zu machen in der
Lage sei. Gerade die Industriejunker sind es gewesen, die
mit für den lückenlosen Zolltarif eintraten sind, und sie
waren es so, die den hochschützjöllnerischen Bestrebungen
anderer Länder günstige Argumente gaben. Nun kommt
aber noch hinzu, daß der deutsche Arbeiter von der Kolo-
nialproduktion absolut keinen Pfennig Vorteil hat!
Die aus den deutschen Schutzgebieten kommenden
Waren werden ja heute an der Grenze ihres Mutterlandes
genau so behandelt, als wenn sie aus Amerika, von In-
dien oder sonst woher kämen, sie müssen Zölkosten auf-
nehmen wie die gleichen fremdländischen Produkte. Einer
Anderung dieser Widersinnigkeit hat gerade die Rheinisch-
Westfälische Zeitung und ihre Gesinnungsgenossen immer
entgegen gehalten, daß dadurch Benachteiligungen für sie
im internationalen Handel entstünden. Lügen, Lügen,
nichts als Lügen! Den braven Leuten liegt ja auch
weniger an der Baumwolle, Schlehbaumwolle soll ver-
braucht werden!! Und da werden sie sich irren!!

Aus der Partei.

Strasfanto der Parteipresse. Wegen einer angeblichen
Richterbeleidigung im Sinne des § 187 wurde Genosse
Behold von der Erfurter „Tribüne“ zu drei
Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung
wurde in einem Bericht über eine Gerichtsverhandlung, in
der Genosse Behold zu einer Woche Gefängnis verurteilt
worden war, gefunden. Genosse Behold hatte auch die für
ihn günstigen Aussagen gemüßigt und denen, auf die sich
das Urteil stützte, gegenübergehalten.

**Die Herrschaft der Sozialdemokratie in den Ortskrank-
kassen.** Einer der zahlreichen Prozesse, die der bekannte
Reichsverbändler, prakt. Arzt Dr. W. Möller in Kirch-
seern, gegen sozialdemokratische Zeitungen angeitrenzt hat,
kam am Montag, dem 8. Juli, vor dem Schöffengericht
Augsburg zum Austrag. Im November v. J. wurde
von dem Augsbürger Parteiblatt, der „Schwäbischen Volks-
zeitung“, das von Dr. Möller herausgegebene Buch „Die
Herrschaft der Sozialdemokratie in den
Ortskrankenkassen“ besprochen und einer Kritik
unterzogen. In dem Artikel wurde gleichzeitig auch gegen
die Augsbürger Abendztg., polemisiert, die am Tage zuvor
das Möllersche Buch als „eine wertvolle Waffe für
die kommenden Reichstagswahlen“ anpries. In
diesem Artikel waren einige kräftige Stellen enthalten, wie
„Subelschrift“, „Reichsverbandsjudelschrift“ etc., auch war
dem Verfasser der Vorwurf gemacht, daß er Tatsachen be-
weußt verdreht“ wiedergegeben habe. Wegen dieser Stellen
in der Kritik des Buches erhob Dr. Möller gegen den ver-
antwortlichen Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung“,
Genossen Simon, Privatklage. In der Verhandlung war
Möller nicht erschienen, ihn vertrat der liberale Landtags-
Abgeordnete Dr. Goldschmidt-München, den Beklagten
Rechtsanwalt Sand-Augsburg. Vom Beklagten wurde
zugelassen, daß die fraglichen Stellen formell beleidigend
seien, doch sei Dr. Möller in seinem Buch mit den Aus-
drücken der Sozialdemokratie gegenüber auch nicht wähl-
erisch gewesen. Als Redakteur einer sozialdemokratischen
Zeitung habe er nicht nur das Recht, sondern
die Pflicht, sich mit der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der
in dem Möllerschen Buche aufgestellten Behauptungen zu be-
fassen und Angriffe auf die Sozialdemokratie zurückzuweisen.
Von einer Verlesung des 497 Seiten starken Buches wurde
Abstand genommen, auch die vom Beklagten angebotene Be-
weiserhebung darüber, daß die Darstellung der dem
Dr. Möller aus seiner eigenen Anschauung bekannten Ver-
hältnisse in der Münchener Ortskrankenkasse unrichtig ist,
wurde für unnötig befunden. Die von dem Klä-
ger Dr. Möller beantragte Ladung zweier Zeugen, des Arztes
Dr. Stubenvoll und des Gemeindevollmachtigten
Wagner in München, lehnte das Gericht auch ab. Der
Klagevertreter Rechtsanwalt Dr. Goldschmidt hielt eine
lange Anklagerede, in der er Dr. Möller als einen von sozial-
demokratischem Haß verfolgten Mann hinzustellen versuchte.
Das Möllersche Buch sei ein „hochwissenschaft-
liches Werk“. Als Beleg hierfür zitierte er die Begrün-
dung eines Urteils des Bremerhavener Amtsge-
richts vom 15. Juni 1911, das wegen einer ähnlichen Kritik
des Buches den Redakteur der „Norddeutschen Volksstimme“,
Genossen Barg, zu 400 Mk. Geldstrafe verurteilte. Der

Verteidiger des Beklagten zerpfückte an der Hand des Möl-
lerschen Buches die Behauptung des Dr. Goldschmidt von
dem wissenschaftlichen Wert desselben; es sei allein zur Be-
kämpfung der Sozialdemokratie geschrieben und eine Ten-
denzschrift schlimmster Art. Hier käme für den Beklagten
die Wahrung berechtigter Interessen in Betracht, das Ge-
richt könne im schlimmsten Falle wegen formaler Beleidig-
ung auf eine geringe Geldstrafe erkennen. Ein vom Vor-
sitzenden angeregter Vergleich wurde vom Beklagten
entworfen abgelehnt. Das Urteil lautete auf 20 Mk.
Geldstrafe wegen formaler Beleidigung, im übrigen billigt
das Gericht dem Beklagten den Schutz des § 193, Wahrung
berechtigter Interessen, zu. Das Urteil wird in der „Schwä-
bischen Volkszeitung“ und der „Deutschen Krankenkassenztg.“
veröffentlicht. Die beantragte Publikation in drei weiteren
Zeitungen lehnte das Gericht ab.

Pfäffische Scherheit. Die katholische Geistlichkeit in
Baden läßt nicht nach in der Heße gegen unser neues
Parteiblatt, die „Volksmacht“ in Freiburg. Der Führer
des badischen Zentrums, Geistlicher Rat Wacker, schaute
sich nicht, am Sonntag von der Kanzel herab zu verkünden,
es sei nicht nur eine Sünde, sondern sogar verbrecherisch,
die sozialdemokratische Presse zu unterstützen. Ein anderer
Geistlicher warnte „jeden gläubigen Christen“, wie über-
haupt „jeden anständigen Menschen“, die Freiburger „Volks-
macht“ zu lesen. Dieser Beschimpfung einer politischen Par-
tei in der Kirche fügte er noch hinzu: „Jeder Christ, der
die „Volksmacht“ abonniert oder durch Inserate unterstützt,
ist ein Feind der Religion.“ In der gleichen Weise haben
andere katholische Geistliche die Kanzel benützt, um in ihnen
unbequemeres Organ zu beschimpfen und zu verdächtigen.
Auch die Presse des Zentrums ist natürlich nicht müßig, sie
sucht sogar die katholische Geistlichkeit noch zu übertrumpfen.
Die „Oberländer Tagespost“ peitscht die katholischen Geist-
lichen zum Vernichtungszuge förmlich auf. Das Blatt be-
hauptet, die katholische Geistlichkeit habe die Pflicht, vor
einer solchen Presse, welche Glaube und christliche Sitte ver-
stöße, zu warnen. Auf diese Tonart ist fast die ganze Zen-
trumspresse gestimmt. Und der Erfolg? In Freiburg hat
die „Volksmacht“ um nahezu 1000 Abonnenten zugenommen;
aus den größeren und auch aus kleinen und kleinsten Orten
liegen Bestellungen vor, die gegen früher, als den jetzigen
Abonnenten noch der Karlsruhe „Volksfreund“ geliefert
wurde, eine Zunahme von 50 bis 80 Proz. bedeuten. Die
Tätigkeit der katholischen Geistlichkeit hat sich bis jetzt also
vorzüglich bemöhrt.

Die Privatangestellten und die Sozialdemokratie.
Man hat die sozialdemokratische Partei verschiedentlich als
„arbeiterfeindlich“ hinzustellen versucht, weil ihre Reichs-
tagsabgeordneten bei der Endabstimmung mehrerer sozial-
politischer Gesetze, die ihnen nicht weitgehend genug waren,
mit „Nein“ gestimmt haben. Diese Haltung der sozialdemo-
kratischen Abgeordneten hat indes eine glänzende Rech-
fertigung bei der Reichsversicherungsordnung erfahren.
Denn nicht nur die überwiegende Mehrheit der Arbeiter,
sondern auch der kleine Kreis wirklich fortschrittlich den-
kender bürgerlicher Leute und vor allem weite Kreise
der Privatangestellten haben sich in der Ablehnung
der mißgestalteten Reichsversicherungsordnung mit den so-
zialdemokratischen Abgeordneten solidarisch erklärt. Am
16. Mai hatte die Delegiertenkonferenz der Freien
Vereinigung für die soziale Versiche-
rung der Privatangestellten (Verein der
deutschen Kaufleute, Bund der technisch-industriellen
Beamten, Zentralverband der Handlungsgehilfen und ge-
hilfen, Verband der Bureauangestellten, Verband tech-
nischer Schiffschiffere, Deutscher Zuschneiderverband, Allge-
meine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen, Ver-
band der Lagerhalter, Verband deutscher Kunstgewerbe-
zeichner) entweder eine wesentliche Verbesserung oder
Ablehnung der Reichsversicherungsordnung gefordert.
Denselben Beschluß faßte eine am 19. Mai in Berlin
abgehaltene, stark besuchte öffentliche Versammlung des
Sozialen Ausschusses der technischen Ange-
stellten-Verbände (Deutscher Faktorverbund, Deut-
scher Steigerverband, Deutscher Werkmeisterverband, Ver-
band deutscher Kunstgewerbezeichner, Deutscher Zuschneider-
verband, Maschinenbauwerkmeisterverein Berlin, See-
maschinistenklub Stettin, Verband deutscher Muster-
zeichner, Verband technischer Schiffschiffere, Ver-
band der Eisenbahntechniker der preußisch-hessischen
Staatsbahnen, Zentralverband deutscher Ziegelmeister, Bund
der technisch-industriellen Beamten, Deutscher Techniker-
verband). Auf den gleichen Standpunkt stellte sich die am
23. Mai in München stattgehabte gemeinsame Ver-
sammlung von Verbänden, die der „Freien Vereinigung“ und
dem „Sozialen Ausschuss“ angehören. Doch nicht nur in
Versammlungen, sondern auch in den Zeitungen solcher Ver-

bände, die durchaus noch nicht auf freigewerkschaftlichem
Boden stehen, kommt zum Ausdruck, daß man mit der
Stellungnahme der sozialdemokratischen Abgeordneten ein-
verstanden ist. So schreibt die Buchhändler-Warte,
das Organ der Allgemeinen Vereinigung deutscher Buch-
handlungsgehilfen unterm 10. Juni, daß die Ablehnung
dieses Nachwerks von Reichsversicherungsordnung im Inter-
esse der Angestellten gelegen habe, weil es doch bekannt
sei, „wie schwer es ist, ein einmal angenommenes schlechtes
Gesetz neu zu beraten und zu verbessern“. Die Deutsche
Techniker-Zeitung, die Zeitschrift des Deutschen
Technikerverbandes, schreibt unterm 10. Juni, sie bebaure es,
daß dieses Gesetz bei der Endabstimmung eine solche Mehr-
heit gefunden habe. Und dieselbe Zeitschrift sagt mit Recht,
die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei die einzige ge-
wesen, die geschlossen für die Angestelltenwünsche eintrat.
Es gibt nur ein Angestelltenblatt, das von der neuen
Reichsversicherungsordnung erfreut ist: das Organ des
Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der durch
seinen ehemaligen Vorstehen Schack-Triole bekannt
geworden ist. Daß dieses Blatt von der Reichsversicherungs-
ordnung begeistert ist, erklärt sich sehr einfach aus dem
Umstande, daß sein Redakteur antisemitisch-agrarischer
Reichstagskandidat ist.

**Die skandinavische interparlamentarische Friedens-
konferenz und die Sozialdemokratie.** Der nordische inter-
parlamentarische Verband, ein Zusammenschluß der Friedens-
gruppen der Parlamente, hielt kürzlich in Christiania
eine Konferenz ab, an der aus jedem der drei Länder 15
Delegierte, worunter zwei Sozialdemokraten, teilnahmen.
Unter dem Einfluß unserer Genossen fielen die Beschlüsse
entschiedener aus, als man bisher für möglich hielt. Zu der
wichtigsten Frage, der Abrüstung, waren drei Sozial-
demokraten als Referenten bestellt: Gebede Nissen (Nor-
wegen), Stauning (Dänemark), Palmstierna (Schweden).
Eine Resolution wurde angenommen, nach der die skandi-
navischen Delegierten auf der im Oktober in Rom statt-
findenden allgemeinen interparlamentarischen Friedenskon-
ferenz für die Einschränkung der Rüstungen zu Lande und
zu Wasser eintreten sollen. Weiter soll mit den Gruppen
der übrigen Kleinstaaten wegen einer Aufforderung
der Kleinstaaten an die Großmächte zur allmählichen
Verminderung der Rüstungen verhandelt werden. Diese Re-
solutions wird in deutscher, englischer und französischer Sprache
der Konferenz in Rom vorgelegt werden. Über die Kon-
ferenz schreibt Genosse Branting, der daran teilgenom-
men hat: „Das Ergebnis, das einen bedeutenden Fortschritt
in positiver Friedensarbeit bedeutet, wurde von den Sozial-
demokraten und Linksmännern den Bedenkllichsten der
Konservativen gegenüber durchgedrückt. Die Stimmung
war sehr gut. Die Konferenz wird überall als die beste und
ergebnisreichste bezeichnet, die bisher stattgefunden hat“

Gewerkschaftsbewegung.

Evangelisch, gelb und Vaterlandstreue. Der Ge-
samtverband evangelischer Arbeitervereine
Deutschlands gibt seinen Jahresbericht für 1910
heraus. Er zeichnet sich, wie immer, durch seine gesuchte
Lügenhaftigkeit aus. 1907 hatte der Gesamtverband 91 106
Mitglieder, 1909 waren es 106 784 und Ende 1910 werden
115 031 gemeldet. Nach diesen Ziffern erscheint es auf den
ersten Blick, als wenn wir es hier mit dem Wachstum zu
tun hätten, welcher sich bei allen Arbeiterorganisationen be-
merkbar macht, dem ist aber nicht so. Im Gesamtverband
sind neben Industriellen, Mittelständlern usw. rund 25 Proz.
Arbeiter. Finanziell stehen die Organisationen des Gesamt-
verbandes sämtlich auf äußerst schwachen Füßen, der
Jahreskopfbetrag ist mit rund 50 Pfennig
recht hoch gerechnet! Kampf der Sozialdemokratie prokla-
mierte der denkwürdige Aufbruch dieser Organisationen bei
Aufhebung des Sozialistengesetzes, es hat nichts genützt, die
freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung marschiert trotzdem an
erster Stelle!

Vom Seemannsstreik. Nach Meldungen bürgerlicher
Blätter soll der Streik der Seeleute in England beendet
sein. Das ist nicht richtig. Die Seeleute streiken noch nach
Mitteilung der Londoner Verbandszentrale in Leith, Belfast,
Dublin, London-Derry, Dundee und Grangemouth. In
London wird nur noch bei der Atlantic-Transport-Company
der Streik fortgesetzt. Der Streik in Manchester wird in
kürzester Zeit zugunsten der Ausständigen beigelegt sein. Je-
der Zug nach den englischen Häfen ist bis auf weiteres
noch streng fernzuhalten, eine Anmusterung auf englischen
Schiffen in deutschen Häfen ist nur für eine Feuer von
90 Mk. (4 von 10) gestattet. Kein deutscher Seemann darf
unter diesem Feuerjah anmustern. In London, Cardiff,
Swansea, Hartlepool, in Southampton, in New-Port, Sun-

wenn ich nicht zwischendurch Erlaubnis hätte, meine
alten Beine in Bewegung zu setzen und umherzu-
schweifeln!

Dies tat Schtrampel wirklich, und zwar nicht nur um
Ratten, sondern auch um Neuigkeiten auszuspielen. Anton
ist selbst nicht klar darüber geworden, ob es eigene Neugier
gewesen, die den Riesen dazu angetrieben, oder ob das Be-
dürfnis bei ihm vorwaltete, Neuigkeiten und Klatschereien
zu erzählen. Er selbst behauptete das letztere, indem er ver-
sicherte, ihm sei es durchaus gleichgültig, zu wissen oder nicht
zu wissen, was die Bewohner umliegender Dörfer und
Schlößer täten. Ihm liege lediglich daran, bei seiner Heim-
kehr den Patienten durch lebhaftes Gespräch zu amüsieren;
der eigene Lebenslauf und eines Riesen Schicksale wären
ausgedreht wie eine Zitrone, deshalb müßten nun andere
Menschen und andere Schicksale an die Reihe!

Anton hörte ihm häufig zu, ohne auf ihn zu
hören; während Schtrampels Geschwätz waren Antons
Gedanken gewöhnlich bei seiner Hedwig. Der Erzähler,
der die Tugend besaß, mit Leib und Seele ganz bei
der Sache zu bleiben, achtete nicht darauf, ob man ihn
hörte, wenn er nur ununterbrochen reden durfte. Damit war
beiden Teilen geholfen.

Anderz jedoch gestalteten sich die Dinge, als der
„Kammerjäger“ von Schloß Erlenstein wiederkehrte, wohin
ihm sein in der Nachbarschaft verbreitetes Renommee eine
durch Peter! überbrachte Aufforderung zugezogen. Ohne zu
ahnen, wie tief sein Zuhörer dadurch berührt wurde, machte
er eine traurige Schilderung der dortigen Verhältnisse, mit
welchen er durch Diensthofen und Landleute bekannt worden
war. Zwischen Vater und Sohn sollten schredliche Austritte
vorgefallen sein, deren Schuld von sämtlichen Dorfbewohnern
auf den Sohn geworfen und dem Vater nur insofern zuge-
schoben wurde, als er viel zu nachgiebig und gut gegen den
höhen Hohen wäre. Einzig und allein die Autorität der
Gräfin, von welcher alle und jeder wie von einem Weien
höherer Gattung redeten, wende noch das äußerste ab, wozu
es jedoch beinahe schon gekommen sein sollte, nachdem
ein fremder junger Herr während ihrer Abwesenheit auf dem
Schloße beim Grafen war und mit dem Sohne in heftigen
Bortwischen geriet. Seitdem darf der junge Graf des
Vaters Zimmer nicht mehr betreten; er treibt sich fluchend
und laut lästernd bei den Beamten herum; der Vater ist
kälter geworden, so daß man für sein Leben besorgt sein
muß; die Mutter, mit himmlischer Sanftmut und Würde,

sucht zwischen beiden zu vermitteln; das ganze Hauspersonal
ist in verschiedene Parteien zerpalten, die sich wechselseitig
auch anfeinden; die Wirtschaft geht drüber und drunter; die
Hunde schlerchen mit gesenkten Ohren knurrend vor der
Schloßterrasse auf und ab; und die Ragen sind lo-
fisch geworden, daß sie in vorvoriger Nacht einem
im Stalle schlafenden Rostwärter die große Rehe des
rechten Jutes angegriffen haben. „Für die Ratten,“
fügte Schtrampel hinzu, „habe ich Rat geschafft und
ihnen das Weizen eistweilen vertrieben; aber für
die Herrschaften weiß ich keinen. Das beste Mittel wäre
freilich, wie der Kammerdiener meinte, wenn man dem jun-
gen Herrn auch ein Rattenpölvörchen in den Wein rührte.
Doch wer mag so etwas riskieren? Es ist untersagt, wie ich
gehört habe. Sonst wär's so übel nicht, denn der Patron
ist von einer herausfordernden Unverschämtheit. Nannte er
mich doch „Gr!“ Sold!“ ein Würschchen! Mich, den Riesen
Schtrampel! — Ich habe es ihm aber wiedergegeben. „Mon-
sieur le comte“, sagte ich, — und was für Augen machte
der hohlhängige Jüngling, weil ein Rattenfänger, ein Kam-
merjäger ihn französisch haranguierte. — „Ich bin weder
Jhr Stiefelpußer, noch Jhr Hausnecht; ich bin ein freier
Künstler, den Seine gräßlichen Gnaden Dero Herr Vater
auf sein Schloß entbieten lassen, weil man es dajelbst
vor Ungeziefel nicht mehr aushalten konnte. Ich ver-
mag nicht allein Ratten und Mäuse zu vertreiben, ich bin
auch Meister einiger anderer Geheimnisse, und wo man mich
unwürdig behandelt, verstehe ich Rache zu üben.“ Ehrlich
gelagt, ich dachte mir bei dieser superben Phrase weiter gar
nichts, als ihm einen Schrecken einzujagen, indem ich auf
die alte Fabel anspielte, daß die Kammerjäger Gewalt be-
sigen sollen, Mäuse und Ratten wie eine ägyptische Land-
plage zu vermehren. Der junge Graf muß es aber anders
ausgelegt haben, denn er entfärbte sich siebenmal in einer
Minute und ging seiner Wege, ohne mir zu antworten, wo-
raus ich zu schließen geneigt bin, er habe irgend eine Nie-
derträchtigkeit verübt, deren Entdeckung er fürchtet, und von
welcher sein schlechtes Gewissen ihn glauben läßt, ich sei zu-
fällig dahinter gekommen.“

„Freund Schtrampel,“ sprach Anton, der diesen Vortrag
seines geschätzten Pflegers mit besonderer Aufmerksamkeit
verfolgt hatte, „ich bin Euch unendlichen Dank schuldig ge-
worden für die liebevolle Sorgfalt, so Jhr an mich wendet;
wollt Jhr aber Euren Werke die Krone aufsetzen, dann ver-
spricht und gelobt mir, Euch um die Verhältnisse in Schloß

Erlenstein weiter nicht zu bekümmern, vorzüglich insofern
dieselben jenen jungen Grafen Louis betreffen. Ich, — nun
ja, ich will's nicht leugnen, ich kenne ihn; er und ich hatten
einmal in B. eine unansehnliche Begegnung miteinander; ich
habe gegen ihn gefehlt, und es liegt mir aus wichtigen
Gründen sehr viel daran, daß er von mir nichts erfahre;
wie ich Euch denn auch ersuche, mir von ihm nichts weiter
mitzuteilen. Glaubt mir, es ist um so besser für mich,
und ich bitte Euch herzlich, mir diese Gefälligkeit zu er-
weisen.“

Schtrampel versprach augenblicklich, was von ihm ver-
langt wurde. Kaum jedoch hatte er Antons Lager verlassen
und wieder das Freie erreicht, als er ausrief: „So will ich
doch ein Schurke sein und gehängt werden, wie ein räudiger
Hund, wenn ich dies Versprechen halte! Dahinter steckt mehr,
als auf den ersten Blick scheint. Sie kennen sich... sie
waren Feinde... Antoine kam aus der Richtung von
Erlenstein, als ich ihn im Graben fand... Schtrampel
nimmt dich zusammen!“

Ein und siebenzigtes Kapitel.
Antons Genesung machte sichtbare Fortschritte. So
weit es ihm die sehr erschöpften Kräfte gestatteten,
wollten, durfte er das Krankenzimmer verlassen und
im Schatten des kleinen Baumgartens sich laben
an warmer, freier Luft. Auch bezeichnete der
Försters Bruder schon die nahe Frist, wo er, gänzlich geheilt,
seine Wanderung fortsetzen dürfe. Den Förster selbst anlän-
gend, bekümmerten weder er, noch seine Würchen sich um
den übrigen mit wahrer Gastfreundschaft behandelten Frem-
den. Sie hatten keine Zeit dazu. Beim Gehen und Kommen
reichte der biedere alte Graubart seinem Gaste die Hand
mit einem stets gleichen, wohlwollenden: „Wie geht's?“ und
zeigte sich nur verdrießlich, wenn Anton der Beschwerden
Erwähnung tat, die er ins Forsthaus gebracht. Dann suchte
Förster Wolff seine furchtbaren Weidmannschliche hervor
und gebot ihm Ruhe. „Ich habe drei Söhne,“ pflegte er
zu äußern, „die sich durch die Welt schlagen müssen; jeder
von ihnen kann ehrlicher Leute Weiland gebrauchen; und
was müßte unser Herrgott in seinem himmelblauen Wald-
revier von mir halten, wenn ich einem armen Teufel ver-
weigern wollte, was ich im Falle der Not für meine Jungen
von ihm erbitte? Haltet Guer Maul und tut es nur auf,
wenn Jhr Hunger habt, der sich hoffentlich bald wieder bei
Euch einstellen wird.“

(Fortsetzung folgt.)

Verband, Widdlesbrough, Liverpool, Barry, Schildes und einigen anderen kleineren Häfen ist der Kampf mit Erfolg beendet worden. Die Abschaffung der Arbeitskarten (Tickets) und der körperlichen Untersuchung durch Ärzte der Shipping-Federation wurde durchgesetzt und damit die Anerkennung der Organisation erzwungen. Die Shipping-Federation hat den größten Teil ihres Einflusses bei den englischen Reedern vorläufig eingebüßt.

Die Organisation deutscher Arbeitgeber. Das Juniheft des „Reichsarbeitsblattes“ bringt eine Übersicht über den Stand der deutschen Arbeitgeberorganisationen zu Beginn des Jahres 1911. Nach dieser Zusammenstellung wurden ermittelt 93 Reichsverbände, 474 Landes- oder Bezirksverbände und 2361 Ortsverbände, zusammen also 2928 Verbände mit 127 424 Mitgliedern und 4 027 440 beschäftigten Arbeitern. Nach dem Bericht des Vorjahres ist das eine Steigerung von 915 Verbänden mit 12 329 Mitgliedern und 172 760 Arbeitern. Nach Berufsgruppen geordnet kamen auf:

	Mitglieder	Arbeiter
Landwirtschaft usw.	12 637	77 082
Bergbau usw.	250	455 401
Industrie der Steine und Erden	3 094	193 511
Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw.	13 258	749 855
Chemische Industrie, Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte	104	23 858
Textilindustrie	3 302	492 829
Papierindustrie	869	40 280
Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe	1 314	14 839
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	4 986	65 387
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	10 446	184 254
Bekleidungsindustrie und Reinigungsgewerbe	9 140	112 588
Baugewerbe	51 832	448 845
Poligraphische Gewerbe	3 468	75 656
Handelsgewerbe, Verkehrsgewerbe	3 985	96 003
Gast- und Schankwirtschaft	404	880
Freie Berufe (Theater, Musik)	514	25 000
Gewerliche Verbände	5 821	959 142

Eine erhebliche Zunahme haben zu verzeichnen die Landwirtschaft mit 46 002 Arbeitern, die Textilindustrie mit 19 420 Arbeitern, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 57 554 Arbeitern und das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 51 768 Arbeitern. Ein Verlust ziemlichen Umfangs wird vom Baugewerbe berichtet. Es ist dort ein Minus von 76 287 Arbeitern festgestellt, der Bericht erklärt diesen Rückgang mit dem bekannten, während der vorjährigen Bauausperrung erfolgten Austritt der Berliner Bauausperrung aus der Gesamtorganisation. Die Organisationen der Arbeitgeber haben also im allgemeinen im Berichtsjahre 1910 erheblich an Ausdehnung zugenommen. Sache der deutschen Arbeiter wird es sein, diesen Zuwachs im Unternehmerrahmen durch intensive Agitation für die Gewerkschaften zu überbieten.

Soziales.

Von der Behandlung der Arbeiter in der deutschen Sandwüste Südwestafrika wurde vor dem Berliner Gewerbegericht allerlei Interessantes zutage gefördert. Dem „Vormärts“ entnehmen wir darüber: Der Maurer G. war von dem Bau- und Betriebskonsortium Bachstein und Koppel bei 10 Mk. Lohn pro Tag nach Südwestafrika engagiert worden. Er wurde jedoch gar nicht als Maurer beschäftigt, sondern musste dieselben Arbeiten machen wie die Eingeborenen, nämlich Minenbohrungen und Sprengungen, wobei er allerdings als Vorarbeiter tätig war. Nach dem Vertrag konnte er aber verlangen, als Maurer beschäftigt zu werden. Die Arbeitslosigkeit führte zu Differenzen mit den leitenden Ingenieuren. G. wurde bald aus einer Kolonne in die andere versetzt, mit der Begründung, daß er sich für die jeweilige Kolonne nicht eigne; obwohl es sich immer um die gleichen Arbeiten handelte. Schließlich wurde er fristlos entlassen. Er klagte nunmehr beim hiesigen Gewerbegericht gegen das Unternehmen auf Zahlung von 581 Mk. für die Rückreise und Schadenersatz für die Kündigungsfrist. Die beklagte Firma bestritt die Entlassung und behauptete, Kläger habe selbst aufgehört. Die Beweisaufnahme war für den Kläger insofern nicht günstig, als die beteiligten Ingenieure, die als Zeugen vernommen wurden, die fristlose Lösung durch den Kläger bekundeten. Der Vertreter des Klägers blieb jedoch dabei, daß der Kläger von den Ingenieuren schikaniert worden ist und die vom Kläger gebrauchte Äußerung, aus der jetzt ein Recht auf Lösung des Vertrages durch den Kläger gefolgert wird, sei nur auf die Verärgerung und gereizte Stimmung zurückzuführen. Der klägerische Vertreter führte unter anderem an, daß die Firma die Perabsetzung der Tageslöhne für die Eingeborenen von 40 auf 30 Pf. angeordnet hätte, und als die Leute in drohender Haltung das Geschäftshaus umstanden und den ihnen zustehenden Lohn forderten, sei auf Veranlassung des Unternehmens von der Schutztruppe auf die 60 Eingeborenen geschossen worden, so daß 20 Tote den Boden bedeckten. Der Vertreter der Beklagten mußte auf diese Anschuldigungen nichts zu erwidern. Das Gewerbegericht, unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Schalhorn, riet zu einem Vergleich. Schon der mit dem Kläger geschlossene Vertrag mit seiner gegen die guten Sitten verstoßenden Kündigungsvereinbarung sei dazu angetan. Die Firma hatte den Kläger für die ganze Dauer der fraglichen Arbeit, voraussichtlich drei Jahre, engagiert. Ihm war kein vorübergehendes Kündigungsrecht eingeräumt, während sich die Firma das Recht vorbehalten hatte, ihn mit vierwöchiger Frist entlassen zu dürfen. Den vielen Bemühungen des Gerichts gelang es denn auch, die Parteien auf 300 Mk. zu vergleichen. Durch diese Verhandlung erfährt man von einer ganz eigenartigen Benützung der Schutztruppe. Sind dem Staatssekretär für die Kolonien die Vorgänge bekannt und billigst in der Verhandlung nichts weiter getan haben, als darauf zu bestehen, daß ihr Vertrag innegehalten werde? Sollen deutsche Truppen dazu verwendet werden, zugunsten der privaten Interessen eines Unternehmers, ja zum Schutze seines Vertragsbruches verwendet zu werden? Der Vorgang ist auch eine Warnung für die Arbeiter, bei Eingehung von Arbeitsverträgen für die Kolonien die größte Vorsicht zu üben.

Von der Münchener Versuchsschule wird der „Nad. Zeitung“ folgendes berichtet: Im September 1910 wurde in München eine Versuchsschule gegründet. Sie soll kein Sammelplatz für gewagte didaktische Experimente, sondern eine Stätte zur Ergründung neuerzeitlicher Reformen bilden, deren Erfolge in den wesentlichen Punkten feststehen. Die Versuchsschule muß auf der Unterstufe beginnen. Sie umfaßt daher in dem Kindergarten Zöglinge von 3-6 und in der Volksschule Kinder zwischen 6 und 7 Jahren. Kindergarten und Volksschule sollen organisch mit einander ver-

bunden werden, so daß diese an die Methode jener anknüpft, die Kinder sind konfessionell gemischt und bestehen zu gleichen Teilen aus Knaben und Mädchen. Als besondere Neuerung darf angesehen werden, daß schon im 3. Lebensjahre eine fremde Sprache eingeführt wird. Selbstverständlich ist dabei jede grammatikalische Behandlung ausgeschlossen. Zugabe ist, daß in diesem Alter die Wörter fast mühelos und lebend in die Gedankengänge aufgenommen werden. Der Versuch wurde mit der englischen Sprache gemacht. — Eine Versuchsschule, in der wertvolle methodische Forderungen der Neuzeit auf ihre Berechtigung geprüft werden, kann für die Fortentwicklung des Schulwesens von großer Bedeutung sein und einen befruchtenden Einfluß auf das Ganze ausüben.

Aus dem Gerichtssaal.

Erzieher Militarismus. Unerhörte Brutalitäten alter Leute gegenüber Rekruten bildeten den Gegenstand einer Berufungsverhandlung vor dem Oberkriegsgericht in Dresden. Die erste Verhandlung hat in Pirna stattgefunden. Die hier geschilderten Vorkommnisse sind um so verwerflicher, als sie sozusagen „auf Befehl“ verübt worden sind. Die unter Anklage gewesenen Unteroffiziere haben die alten Leute auf die bedauernswerten Rekruten geheut. Folgende Übergriffe und Mißhandlungen lagen der Anklage zugrunde: Am 16. Februar früh während des Stalldienstes bemerkte der Unteroffizier Graichen, daß die Räumung des Rekruten Böhmert nicht sauber genug war. Er nahm sie auseinander und gab die einzelnen Teile zum Putzen an „alte Leute“. Bei dieser Gelegenheit hat der Unteroffizier in nicht mißzuverstehender Weise geäußert: „Ihr könnt Euch dafür bei Böhmert abfinden“ und „Dem müßt Ihr's mal handgreiflich machen!“ Die „alten Leute“ faßten diese Worte auch nicht anders auf als eine Aufforderung zur Mißhandlung. Nach vorangegangener Verabredung wurde Böhmert noch am selben Tage abends in den Krümpersack geschickt, dort von „alten Leuten“ überfallen, ihm eine Pferdebedeckung über den Kopf geworfen und B. dann mit einem Obergurt mit Schnalle in unmenschlicher Weise geschlagen. B. erhielt circa 20 Schläge über Rücken und Gesäß und schrie vor Schmerz laut auf. Infolge dieser graufamen Mißhandlungen hatte Böhmert mehrere Tage furchtbare Schmerzen. Er meldete sich dann krank, und die ärztliche Untersuchung ergab erhebliche Hautverletzungen und Blutergüsse an den Schulterblättern. An zwei darauffolgenden Tagen wurde es mit anderen Rekruten ebenso gemacht. Der Rekrut Straps wurde ebenfalls überfallen und furchtbar mit Obergurt und Riemen geschlagen. Zwei Tage hatte der Mißhandelte Schmerzen. Mit dem Rekruten Schneider verfuhr man auf dieselbe Weise. Mit der Schnalle wurde er erheblich an der rechten Schläfe verletzt und hatte mehrere Tage Schmerzen. Die erste Instanz verurteilte die Angeklagten Mann zu 3 Wochen, Neugebauer und Lange zu je 2 Wochen und Plebischer zu 16 Tagen Gefängnis. Unteroffizier Graichen erhielt wegen Anstiftung 9 Tage mittleren Arrest. Göbel, der eine ähnliche Äußerung getan haben soll, wurde freigesprochen. Gegen seine Verurteilung hatte nur Graichen Berufung eingelegt; er bestritt die Äußerungen und die Absicht der Anstiftung. Nach erneuter Beweisaufnahme beließ es das Oberkriegsgericht aber bei der ausgeworfenen Strafe. Es änderte nur die Urteilsformel ab und nahm Anstiftung zur Mißhandlung Untergebener unter Mißbrauch der Dienstgewalt an. Die Strafe wird keine besonders abschreckende Wirkung ausüben vermögen.

Kinderhändlerwindel. Der Schwindel auf dem Gebiete der „Vergebung von Kindern diskreter Geburt“ nimmt überhand; man kann täglich öffentliche Anzeigen finden, in denen die Vergebung von Kindern mit hohen Erziehungsbeiträgen angeboten wird. Einen solchen Kinderhandel wollte auch der Hellenlose, 20 Jahre alte Handlungsgehilfe Paul Golenow in Hannover beginnen. Er verschaffte sich in Berlin einige hundert Photographien eines etwa vier Jahre alten blondhaarigen Mädchens. Dann inserierte er in Zeitungen in Oldenburg, Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Bremen, Halberstadt usw.: „Zwölfjähriges Mädchen an Kindesstatt zu vergeben, 3500 Mk. Erziehungsbeitrag.“ Er erhielt in kurzer Zeit 800 Bewerbungen. Dreizehn von den Bewerbern schickten vom 15. bis 19. Juni im ganzen 84,50 Mk. an „Unkosten“ ein, die G. verlangt hatte. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Der „Aufruhr“ von Meggen. In den ersten Monaten dieses Jahres hatten die Vergleute auf zwei Gruben in dem Kreise Olpe (Westfalen) die Arbeit niedergelegt. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ hatte die fürsorgliche und wohlwollende Regierung umfangreiche Maßnahmen getroffen. Wenigstens ein kriegsstarke Bataillon von Gendarmen ließ sie gegen den inneren Feind marschieren. Auch in den 2000 Einwohner zählenden Ort Meggen war ein starkes Detachement von Grünwürden geworfen, das dort allerlei anstellte. Am 7. April wurde durch das Wörtchen „Streik“ Unheil angerichtet. Kamen nämlich Fremde durch das Dorf, so wurde ihnen zur Kennzeichnung der Situation von den Anwohnern das Wort „Streik!“ zugerufen; aber auch zur gegenseitigen Aufmunterung begrüßten sich die Anwohnern mit dem Zuruf: „Streik!“ „Streik!“ war der Schlußruf. Der Gendarm war das Wort umso verhasster, als es auch ihnen von kleinen Kindern zur Verhöhnung nachgerufen wurde. Am Abend des 7. April hörten zwei von den Häufern des Ortes das verpönte Wort. Es war der Bergmann Heinrich Schröder, der es, wie er sagt, einigen Kameraden zugerufen hatte. Die Herrschaften mit der Wache begaben sich auf ihn und wollten den Namen Schröders wissen. Der sagte: „Mein Name geht Sie gar nichts an!“ und schritt weiter die Treppe zu einer Wirtin hinauf, um sich seine Streikunterstützung zu holen. Jetzt aber packte ihn der Gendarm Janson ohne weiteres im Genick und zerrte ihn die Treppe herunter. Ein anderer Gendarm unterstützte ihn dabei. Schröder aber widerstand sich seiner Abführung zum Ortsvorstand auf das heftigste, und nach seiner Ansicht mit Recht; denn er hatte die Gendarmen gar nicht gesehen, als er das Wörtchen rief. Die gewalttätige Abführung verursachte einen gewalttätigen Menschenauflauf; viel Volk drängte auf die Gendarmen ein und es gelang Schröder, sich freizumachen. Dabei soll der Gendarm Janson einen Knuff bekommen haben und gegen einen Zaun geflohen sein. Nun wurde ein großer Apparat in Bewegung gesetzt. Nach Ansicht des Staatsanwalts hatte am 7. April in dem sonst ziemlich harmlosen Meggen ein Aufruhr getobt, und zwar ein militärischer Aufruhr; denn Schröder und einige der Wirtin, die bei seiner Freisetzung aus den Händen der Gendarmen mitgewirkt haben sollten, waren an dem Tage auf der Kontrollversammlung gewesen und hatten somit den ganzen Tag die Gendarmen als ihre Vorgesetzten zu betrachten. Das Kriegsgericht konnte nichts mit der Sache anfangen, es erklärte sich für unzuständig und verwies die Sache an das Zivilgericht. Die Gendarmen hatten nicht gewußt, so argumentierte das Kriegsgericht, daß Schröder auf der Kontrollversammlung gewesen war. Sie hatten also keine Diensthandlung, sondern eine

Amthandlung mit ihm vorgenommen, es lag mithin nur gewöhnlicher Widerstand gegen die Staatsgewalt vor, dessen Aburteilung nach Ansicht des Kriegsgerichts Sache der Zivilgerichte war. Das Reichsmilitärgericht aber ließ die Unterscheidung zwischen Diensthandlung und Amthandlung nicht gelten. Durch die Anklageverfügung des Gerichtsherrn sei die militärische Gerichtsbarkeit begründet worden, und Schröder müsse vom Militärgericht abgeurteilt werden, selbst wenn sich sein Vergehen als ein bürgerliches herausstellen sollte. So kam es, daß sich das Kriegsgericht der 21. Division in Frankfurt a. M. zum zweiten Male mit der Sache beschäftigen mußte. Der Vertreter der Anklage beantragte 7 Monate Gefängnis wegen militärischer Widersetzung. Rechtsanwalt Dr. Hermann als Verteidiger meinte, der Fall sei wieder einmal ein typisches Beispiel für die Unhaltbarkeit des stark formalistischen Standpunktes, den das Reichsmilitärgericht, trotz der Opposition mancher, namentlich bayerischer Kriegsgerichte, mit der Anerkennung der militärischen Strafgewalt für den ganzen Tag der Kontrollversammlung einnehme. Im übrigen bezweifle er, ob sich der Angeklagte im Augenblicke der Tat bewußt war, daß er es mit Vorgesetzten zu tun hatte; denn er hatte sich an dem Tage den ordnungsmäßigen patriotischen Rausch angetrunken. Auch dem Gericht schien es fraglich, ob Schröder das Bewußtsein gehabt hatte, daß die Gendarmen seine Vorgesetzten seien. Es hielt deshalb nur gewöhnlichen Widerstand gegen die Staatsgewalt für festgesetzt und erkannte auf 14 Tage Gefängnis, die durch die fünfjährige Untersuchungshaft verbüßt sind. Das ist die Geschichte des Aufruhrs von Meggen.

Zusammenbruch der Sache gegen die Freiburger Ortskrankenkasse. Dienstag und Mittwoch fand vor dem Landgericht in Freiburg i. S. die Berufungsverhandlung in der bekannten Ortskrankenkassen-Affäre statt. Das Urteil lautet: Der angeklagte Redakteur Burghardt vom „Freiburger Anzeiger“ wird wegen Beleidigung des Vorsitzenden der Freiburger Ortskrankenkasse, Welligt, zu 300 Mark Geldstrafe, Übernahme sämtlicher Kosten, auch der der Verteidigung des Klägers, verurteilt. In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß sämtliche Behauptungen des Amtsblattes über den Fall Grässer, der sich bekanntlich das Leben genommen hat, unwahr seien. Man hat behauptet, Grässer hätte sich das Leben genommen durch die Schuld des Ortskrankenkassen-Vorsitzenden. Es sei aber nachgewiesen, daß er wegen der Unregelmäßigkeiten, deren er überführt worden sei, sich das Leben genommen hat. Die Begründung des Urteils bedeutet eine völlige Niederlage des Reichsverbandes. In dem ersten Urteil vor dem Schöffengericht war Burghardt zu nur 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, auch sprach das Urteil damals nicht klar aus, ob die Behauptungen erwiesen seien oder nicht. Wegen formaler Beleidigung bleibe es für Welligt bei 10 Mk. Geldstrafe.

Wie sah der Urmenich aus?

Das erste Märzheft der Halbmonatsschrift „Natur“, die bekanntlich das Organ der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft ist, enthält von dem Anthropologen Dr. Ludwig Wilfer einen fesselnden Artikel über die „Urheimat des Menschengeschlechts“, aus dem wir unseren geschätzten Lesern beifolgende interessante Stelle zum Abdruck bringen wollen. Wilfer schreibt unter anderem: Nach dem heutigen Stand unserer Kenntnisse vermag die Wissenschaft folgendes Bild des europäischen Urmenichen zu entwerfen. Diese, so viel wir bis jetzt wissen, erb- und entwicklungs-geschichtlich älteste Menschenart war von mittlerem, geborgenerem Wuchs und kräftigem Körperbau. Auf kurzem Hals und starkem Nacken saß ein mächtiger, längerer Kopf mit niedriger Stirn und flacher Wölbung. Dem Gesicht gaben die großen, von dicken Stirnwülsten geschützten Augen, die breite, flache Nase, die vorspringenden Kiefer mit schnauzenartigen Mundbildung und fehlendem Kinn einen milden, fast tierischen Ausdruck; dagegen war das Gebiß dem unsrigen schon recht ähnlich und entbehrte vor allem der raubtierartig verlängerten Eckzähne, wie sie die Großaffen haben. An den breiten Schultern saßen kräftige, aber verhältnismäßig kurze Arme mit geschickten, beweglichen Händen. Der lange Rumpf mit geräumigem Brustkasten und wohl etwas hängendem Bauch endete in einem schmalen Becken mit steilen Darmbeinschaukeln. Auch die Beine waren kurz und kräftig, in den Knien vielleicht noch nicht vollständig gestreckt, die Füße zum Tragen der Leibeslast eingerichtet und darum schon ziemlich menschlich bis auf die vermutlich noch weiter absteigende und leichter bewegliche große Zehe. Gesicht, Handflächen, Fußsohlen und vielleicht auch schon Brust und Gesäß waren kahl, dagegen die übrigen Körperteile noch ziemlich stark behaart, die Kopfschuppe dagegen weder so dicht noch so lang wie heute. Das Auge war jedenfalls dunkel, das Haarkleid von einem mittleren Braun, die Farbe der kahlen Hautstellen wohl etwas heller. Die jetzt, besonders bei den höherentwickelten Rassen, in Haupthaar und Bartwuchs sich ausprägenden Geschlechtsunterschiede waren ohne Zweifel in jener früheren Zeit noch weniger ausgebildet. Kann auch aus noch zu erörternden Gründen der paläontologisch (Paläontologie=Lehre von den vorweltlichen Lebewesen) belegte Urmenich nicht als Stammvater der neuzeitlichen Kulturvölker gelten, so dürfen wir, da unsere wirklichen Vorfahren schwerlich viel anders ausgesehen haben, diese Schilderung doch ein „Ahnenbild“ nennen. Es hat freilich allerlei, wenig vornehme, von tierischen, tierähnlichen Vorfahren ererbte Züge, ist aber doch, wie sich besonders am Gebiß und den Armen zeigt, gerade von dem unserer nächsten Seitenverwandten, der großen Affen, wesentlich verschieden und in der Hauptsache ausgesprochen menschlich. Der leiblichen Entwicklung entsprach die geistige. Mit seinen Verstandeskräften und seelischen Eigenschaften stand zwar der europäische Urmenich schon hoch über dem Tier, aber noch unter den rüstigsten der lebenden Wildvölker, und von der Sprache waren sicher erst die bescheidensten Anfänge, aus einfachsten Lauten gebildete Bezeichnungen für unentbehrliche Dinge und alltägliche Erscheinungen, vorhanden. Immerhin liefern aber die Fundstätten den Beweis dafür, daß schon rohe Werkzeuge aus Stein, gelegentlich wohl auch aus Bein oder Holz, gebraucht und gefertigt, daß die Toten bestattet, schützende Höhlen aufgesucht und Feuer zum Wärmen und Kochen entzündet wurden. Dem Feuerstein, der ja davon seinen deutschen Namen trägt, entlockte Funken dienten dazu, das Feuer, dessen furchtbare, aber auch wohlthätige Macht der Mensch bei Wald- und Steppenbränden oder in der Nähe feuerpeinender Berge, kennen gelernt hatte, willkürlich zu erzeugen. Mit den sogenannten „Golithen“, d. h. Steinen der Morgenröte menschlicher Gestalt, den angeblich ältesten Gerätschaften aus dem Miozän oder gar Cozän, mit denen man das Da-sein des Terziärmenichen beweisen wollte, ist von urteillosen Gelehrten, zu denen leider auch einige deutsche gehören, ein großer Unfug getrieben worden. Da solche Feuerstein-

*) Verlag Theob. Thomas, Leipzig, Jahresabonnement 6 Mark mit fünf Gratisdruckbeilagen.

stiller nachweislich auch auf natürlichem Wege, durch Druck, Rollung oder Reibung, entstehen können, dürfen sie nur dann als Erzeugnisse der Menschenhand angesehen werden, wenn sie von anderen unzweifelhaften Spuren oder Überbleibeln des Urmenschen begleitet sind. Wenn es auch — das ist unbestreitbar — solche gegeben haben muß, deren Altertum das der bisher bekannten übertrifft, so können diese doch, wie ich schon heute voraussetzen will, nur außerhalb der Marken des heute bewohnten Erdteiles liegen, in unerforschlichen, von ewigem Eis bedeckten oder vom Nordmeer überfluteten Gebieten.

Aus Nah und Fern.

Kulturbild aus dem preussischen Polizeistaat. Ein Vorgang, der beispiellos dasteht, bildete am Dienstag in der Gegend vor dem Schlessischen Tor in Berlin das Tagesgespräch. Eine in der Duxstraße wohnende Handelsfrau Sch. sollte eine Polizeistrafe von 4 Mk. bezahlen, sie hatte aber die Bezahlung hinausgeschoben, weil sie und ihr Ehemann erst in den vorhergehenden Wochen mehrere Polizeistrafen im Betrage von einmal zusammen 80 Mk. und nachher noch zusammen 40 Mk. hingekriegt hatten. Am Dienstag früh nach 4 Uhr erschienen vor der Wohnung des Ehepaars Sch. ein paar uniformierte Schulzeute, verschafften sich Einlaß und forderten Frau Sch. auf, ihnen zur Polizeiwache zu folgen. Als sie der Aufforderung, aufzustehen und sich anzuziehen, nicht Folge leistete, wurde sie von einem der Schulzeute genötigt, das Bett zu verlassen. So, wie sie jetzt vor ihm stand, lediglich mit dem Hemd bekleidet, verließ sie dann die Wohnung. Im bloßen Hemd und in Pantoffeln ging sie über die Straße zur nächsten Polizeiwache, begleitet von drei Schulzeuten, verfolgt von den Blicken verwunderter Zuschauer und von teils entsetzten, teils spottenden Bemerkungen. Auf der Wache wurde Frau Sch. in eine Zelle gesteckt, wo man ihr später ein Stück Sackleinwand hinwarf, mit der sie sich bedecken sollte. Erst nach mehreren Stunden erhielt sie ihre Kleider und durfte dann, nachdem sie die 4 Mk. bezahlt hatte, die Polizeiwache verlassen. Wir haben bis jetzt immer die Beobachtung machen müssen, daß die Polizei außerordentlich empfindlich ist, wenn es sich um die „Erregung eines öffentlichen Argernisses“ handelt. Oder finden diese Vorschriften etwa auf die Polizei selbst keine Anwendung?

Bootsunglück auf der Oberpreze. In später Nachtstunde hat sich gestern ein schweres Bootsunglück zwischen Köpenick und Grünau zugetragen. Der Schleppdamper „Wilhelm“, der sich auf der Rückfahrt von Waltersdorfer Schleufe befand, ist in der Dunkelheit mittschiffs gegen das mit vier Personen besetzte Boot eines in der Nähe von Grünau trainierenden Ruderklubbs gerannt. Das Boot ist mitten durchgebrochen und sämtliche Insassen sind ertrunken.

Explosion eines Bierfasses. Ein schwerer Unfall hat sich gestern in der Billale der Löwenbrauerei in der Frankfurter Allee 153 in Berlin ereignet. Dort explodierte ein Faß, wodurch der Arbeiter Hüppmann tödlich, der Arbeiter Fehrenz schwer verletzt wurden.

Das erste Fernleit-Boot. Einem zahlreichen Publikum wurde auf dem Wannsee das besagungslose Fernleit-Boot des Lehrers Christian Wirth, Nürnberg vorgeführt. Nachdem das Boot weit in den See hinausgeschleppt worden war und man sich davon überzeugt hatte, daß niemand darauf zurückgeblieben, gelang es dem persönlich anwesenden Erfinder sehr bald, die funktentelegraphische Verbindung in vollkommener Weise herzustellen. Das Boot folgte den Befehlen des Senderapparats auf den erhöhten Terrassen am Seeufer, die auch den Zuschauern als Beobachtungsstation dienten, mit Sicherheit. Das Boot führte mehrere seemannische Manöver aus. Die Ruder legten sich backbord und steuerbord; das Schiff hielt die gerade Fahrtrichtung ein und wand sich sicher auch in scharfen Kurven zwischen den anderen Booten hindurch.

Bluttat. Aus Stettin wird gemeldet: Die von ihrem Mann getrennt lebende Formersfrau Neubauer in der Sophienstraße in der Vorstadt Bredow wurde Donnerstag früh von ihrem zurückkehrenden Mann durch einen Messerstich in den Rücken getötet. Ein herbeigerufener Schuttmann hatte mit dem Mörder einen heftigen Kampf zu bestehen und wurde schwer verletzt; es gelang ihm jedoch, den Täter festzunehmen.

CS muß „gerochen“ werden. Ein Beispiel unfreiwilligen Humors in einer Strafverfügung leistete sich eine kleine rheinische Bürgermeisterei, die an einen bekannten Kölner Fabrikbesitzer den folgenden lustigen Absatz ließ:

„Sie haben am 25. Mai d. J. in Dellbrück bei der sehr belebten Gladbacher Straße als Führer des Kraftfahrzeuges „L. Z. 3477“ fortgesetzt Gase ausgepufft, wodurch ein übler Geruch entstand und die Straßenpassanten belästigt wurden. Die Übertretung wird bewiesen durch Gendarmereiwachtmelder X. . . . zu X. . . . u. v.“

Es ist auch ein bißchen stark, daß der Wagenführer fortgesetzt Gase auspufft, wenn es noch das Fahrzeug wäre

Skandaliszenen auf einem Sängertag. In Köln kam es auf dem Festplatz des Rheinischen Sängerbundesfestes zu skandalösen Vorgängen. Zahlreiche Schausteller drangen mit geballten Fäusten auf die Mitglieder der Festleitung ein und bewarfen sie mit Steinen, so daß polizeilicher Schutz requiriert werden mußte. Dann zerstörten die Erregten die Einfriedigung des Festplatzes, worauf die Polizisten die Eingänge des Platzes besetzten und weitere Ausschreitungen verhinderten. Der Vorstand des Rheinischen Sängerbundes beschloß, die Pächter des Festplatzes für allen Schaden verantwortlich zu machen und gegen sie die Klage wegen Bedrohung und Erpressung zu erheben.

Familiendrama. Der 49jährige Fuhrknecht Hofmann in Kaiserslautern vergiftete seine 46jährige Ehefrau und seine 18 Jahre alte Tochter mit Gas. Er machte dann selbst einen Vergiftungsversuch, konnte aber wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Schwerer Unfall. Aus Weinberge in B. wird telegraphiert: Bei einer Beerdigung stürzten sieben Frauen

in eine tiefe Gruft. Drei wurden getötet, die anderen verletzt.

Eine furchtbare Chetragödie hat sich in Weinberge (Böhmen) abgespielt. Dort erschof auf offener Straße der Buchbinder Lukas seine Frau, einen Mann und eine andere Frau.

Brandunglück. Die Villa der Familie Nobel bei Nyborg in Finnland ist niedergebrannt. Dabei sind die 10jährige Tochter und der 7jährige Sohn des Besitzers, der in St. Petersburg wohnt, umgekommen. Die Gouvernante der Kinder wurde vor Schreck wahnsinnig.

Explosion. In einer Ziegelbrennerei in Wladiwostok explodierte ein Dampfkessel, wobei vier Personen ums Leben kamen und viele verletzt wurden.

Ein Geschäft. Aus Newyork wird gemeldet: Die Regierung stellte in vier Fällen beim Gericht den Antrag, eingeführte Messerschmiedemaren im Werte von 84555 000 Dollars als dem Staate verfallen zu erklären.

Die Hitze in Nordamerika. Wie aus Newyork telegraphisch berichtet wird, meldet das nationale Wetterbureau, die Hitze sei im Abendnehmen begriffen, und stellt eine niedrigere Temperatur für Freitag in Aussicht. Aus Chicago wurden am Mittwoch 87, aus Newyork Stadt 86, aus Philadelphia 29, aus Boston 18 und aus New England 57 Todesfälle an Hitzschlag gemeldet, ferner hunderte von Todesfällen infolge der Hitze. Der Saatenstand ist durch die Hitze schwer geschädigt.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. Elbe ist Mittwoch abend von Kronstadt auf hier abgegangen.

D. Luise ist Mittwoch nachmittag von Memel auf hier abgegangen.

D. Svithob ist gestern morgen 7 Uhr von Ralmar auf hier abgegangen.

D. Jmatra ist Donnerstag nachmittag von Wiborg auf hier abgegangen.

D. Luna ist Mittwoch abend von Rotterdam auf hier abgegangen.

D. Pehr Brahe ist Mittwoch nachmittag von Hangö auf hier abgegangen.

D. Iris ist gestern mittag in Raumo angekommen.

Briefkasten.

Tarifkommission der Barbier. Das Verzeichnis der Geschäfte kann nicht im redaktionellen Teil veröffentlicht werden. Wir müssen Sie auf den Inseratenweg verweisen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen hoch erfreut an
Josef Marschner und Frau
geb. Röttig.

Für die vielen Aufmerksamkeit und Geschenke zu unserer Silberhochzeit danken bestens.
Fritz Wiese und Frau.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß uns Donnerstag nachmittag 4 Uhr unser kleiner süßer
Heini

im Alter von 5 Jahren durch Unglücksfall nach längerem Leiden durch den Tod entrissen wurde. Tief betrauert von seinen Eltern, Geschwistern, Großeltern, Onkel, Tanten und allen, die ihm nahe standen.
Heinrich Franck u. Frau
geb. Paulsen.

Brodingstr. 30, 2. Stg.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 10. Juli, nachmittags 4 Uhr, von d. Kapelle Bornort statt.
Beginn d. Trauerfeier 3¼ Uhr.

Ges. zu sofort eine Waschfrau.
Friedenstraße 48 part.

Zu vermieten mehrere abgeschl.
2-Stuben-Wohnungen
und **3-Stuber-Wohnung**
eine
Näheres Chasotstr. 18 pl. vorne.

Achtung! Achtung!
Organisierte
Arbeiterschaft!

Nur die Geschäfte haben die Forderungen der Friseurgehilfen bewilligt, welche im Besitze eines mit rot und blauem Druck versehenen Plakates sind.

Nun bitten wir die organisierte Arbeiterschaft, unsere kleine Gewerkschaft zu unterstützen.

Achtet auf die Plakate, laßt Euch die Verbandsbücher des Gehilfen zeigen und laßt Euch abends vor 8 Uhr und Sonnabends vor 10 Uhr befeuern.

Die Tarifkommission des
Verbandes d. Friseurhilf.

Zum 1. Oktober eine 3-Zimmer-Wohnung zu vermieten.
Chasotstraße 2.
Näheres: Bülowstraße 5.

Arminstraße 39 b
eine 2-Zimmer-Wohnung
mit Küche u. Zubehör.
Näheres: Parterre bei Grammann.

Eine 3-Stuben-Wohnung
zum 1. Oktbr. zu vermieten. Preis
200 Mk. P. Moll, Bortwerf.

 **Fahrrad- und**

Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden sachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Email, Bernick, bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Woiel. Allee 6a. Fernspr. 352.

Achtung!
Fabrikarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.

Um recht zahlreiche Beteiligung zu dem am Sonntag, dem 9. Juli, in Schwartau stattfindenden Gewerkschaftsfest ersucht
Die Ortsverwaltung.
Abfahrt mit der Hafenfähre um 1½ Uhr präzise.

Achtung!
Fabrikarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.
(Distrikt Rensfeld-Schwartau.)

Abmarsch zur Teilnahme am Gewerkschaftsfest Sonntag mittag 1¼ Uhr vom Gasthof Transvaal.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Distriktsleitung.

Achtung!
Gesangverein Harmonia
Rensfeld.

Abmarsch zum Gewerkschaftsfest 12½ Uhr vom Vereinslokal.

Haus m. Stall u. Garten an d. Schönbfener Chaussee bill. z. vert.
Näheres: Brichstraße 19 pt.

Woißling.
Mitglieder-Versammlung
des
Sozialdemokrat. Vereins

am Sonnabend, dem 8. Juli
abends 8½ Uhr
in Schreibers Kaffeehaus.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom II. Quartal.
3. Das Wahlergebnis der Gemeindevortretungswahl.
4. Kommissionsbericht.
5. Fragekasten.
6. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber werden die Mitglieder er sucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der
Maschinisten und Heizer
Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, dem 8. Juli
abends 9 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Der Vorstand.

Einladung zum
Gewerkschaftsfest in Schwartau
(Tierschauplatz.)
am Sonntag, dem 9. Juli 1911.

Abmarsch des Festzuges: 2 Uhr nachmittags
mit drei Musikkapellen von der Haltestelle der Hafenfähre in Schwartau nach Ankunft der Hafenfähre.

Auf dem Festplatz: Festrede, Konzert, Gesangsvorträge, turnerische Aufführungen, sowie sonstige Volksbelustigungen.
Abends: Rückmarsch mit Laternen.
Preis der Karte: 30 Pfg.

NB. Abfahrt der Lübecker Kollegen 1.30 Hürtertorbrücke u. Drehbrücke.
Rückfahrt abends 10 Uhr ab Schwartau.

Gasthof Am Kreuzweg
Seerep.

Halte allen Festteilnehmern und Freunden mein
Erfrischungszelt
auf dem Gewerkschaftsfest in Schwartau
am Sonntag, dem 9. Juli 1911
bestens empfohlen.
Emil Cordts.

Achtung!
Gemeinde- und Staatsarb.

Mitglieder-Versammlung
am heutigen Freitag, dem 7. Juli
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zur Gasarbeiter-Konferenz.
2. Abrechnung vom Stiftungsfest und Fahnenweihe.
3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung, Maler!

Ausflug nach Mölln
am Sonntag, dem 9. Juli 1911
Abfahrt mittags 1 Uhr 31 Min.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Oeffentliche
Versammlung
sämtlicher auf den
Kohlenplätzen beschäft.
Kutscher und Arbeiter
am Sonnabend, dem 8. Juli 1911
abends 8½ Uhr

im kleinen Saale des
„Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:

Wollen wir in eine Lohnbewegung eintreten?
Jeder Kollege, dem es mit der Verbesserung seiner Lage ernst ist, muß in dieser Versammlung erscheinen.

Der Einberufer.
NB. Die heutige Sektionsversammlung fällt aus.


Verein „Plano“

Fackenburg.

Einladung zum
11. Stiftungs-Fest
bestehend in

Preisschießen und Preisregeln
am Sonntag, 9. Juli,
in F. L. Paetaus Gesellschaftshaus

Anfang der Korfahrt 4 Uhr.
Anfang des Balles 7 Uhr.
Der Vorstand.

NB. Die umliegenden Bundesvereine sind hiermit freundlichst eingeladen.

Stadthallen theater.
Sonnabend, 8 Uhr. Außer Abonn.
Jeder Platz 50 Pfg.

Der Veilchenfresser
Sonntag 7½ Uhr. Außer Abonn.
Gastspiel von Herrn F. Redwich

Nanon, die Wirtin
zum goldenen Lamm

Operette in 3 Akten von R. Genée.
Marais d'Albique — Fris Redwich.